

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mt. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungskarte Nr. 4069a, letzter Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Beizeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 70

Mittwoch den 23 März 1904

11. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Eine Wahlrechtsdebatte.

In der letzten, am Montag stattgefundenen Sitzung der Lübecker Bürgerschaft entspann sich anlässlich des Senatsantrages auf Einsetzung einer gemeinsamen Kommission des Senates und der Bürgerschaft auf Nachprüfung des z. Bt. geltenden Bürgerchafts-Wahlrechts eine teilweise außerordentlich heftige, für die Stimmung unserer „Volks“vertreter sehr charakteristische Debatte, die, wie vorauszusehen war, mit der Annahme der Senatsvorlage endete. Wir geben nachstehend einen ausführlichen Bericht über die Sitzung, sofern es sich um die Beratung obigen Antrages handelt, und befehlen uns vor, dieselbe einer eingehenden Würdigung und kritischen Betrachtung zu unterziehen.

Dr. Wittern: Es ist kaum ein Jahr verflossen, seit wir uns mit diesem Gegenstand beschäftigt haben und heute will man schon wieder einen Teil aus unserer Verfassung herausreißen und gesondert einer Abänderung unterziehen. Es kann wohl kaum einem Zweifel mehr unterliegen, daß die Art und Weise, wie damals das Gesetz zustande gekommen ist, als eine verfehlte bezeichnet werden muß. Die Kommission, die gleichfalls eine gemeinsame war, tagte hinter verschlossenen Türen. In wenigen Tagen gelangte ihr Vorschlag an den Bürgerausschuß und dieser erledigte ihn sofort. Nach ein paar weiteren Tagen hatte auch die Bürgerschaft ihr Ja-Wort gegeben, sodaß die Bürger absolut keine Stellung dazu nehmen konnten. Man war bestrebt, schnellmöglichst die Beute einzuhändigen. (Lachen.) Das Ergebnis entspricht vollständig der schlechten Art und Weise, wie man das Gesetz, das als ein durchaus schlechtes zu bezeichnen ist, produziert hat. Durch die Einführung des Jenius hat man verhindern wollen, daß eine politische Partei hier in diesem Saale die Majorität erhielt. Damals aber konnte man sich schon an den 5 Fingern abzählen, daß dieses Mittel ein völlig untaugliches sei. 1200 Mt. ist kein Jenius, durch den man einen derartigen Zweck erreichen kann. Mit jedem Tag verliert dieses Mittel immermehr. Hat doch fast jeder ein Einkommen von 1200 Mt.; (Zwischenrufe) wer es nicht hat, verkauert es. (Sehr richtig!) Uebrigens befinden sich die Einkommensverhältnisse doch in steigender Konjunktur. Was Sie mit ihrem im Dezember 1902 geschaffenen Wahlrecht erreichen wollten, haben Sie nicht erreicht; was Sie aber nicht erreichen wollten, das haben Sie jedoch gründlich erreicht! Wer hat den Vorteil gehabt? Nur die Sozialdemokratie! Ich finde, man soll Niemandem noch auf schlechtem Wege behilflich sein. An Deuchelei aber wird auf jener Seite viel geleistet; man hat nun durch das geschaffene Gesetz der Deuchelei auf jener Seite direkt Vorschub geleistet. Dort ist geschrieben worden über Wahlrechtsraub usw., während man sich innerlich über das geschaffene Gesetz freute. Diejenigen Herren, die damals geschimpft haben, mühten eigentlich erzkren sein, daß man jenes Gesetz jetzt schon wieder ändern will. Wie es aber hiermit bestellt ist, beweisen die diesbezüglichen Zeitungen. — Die Fügigkeit im Aendern ist wieder genau dieselbe wie vor 1 1/2 Jahren. Das halte ich für durchaus verfehlt, wie ich es überhaupt verfehlt halte, diese Materie aus der Verfassung herauszureißen. Warten Sie doch erst einmal die Wirkungen des Gesetzes ab. Wenn Sie jetzt wieder ändern, dann schaffen Sie ein Ausnahmegesetz; ich bin jedoch grundsätzlich gegen derartige Gesetze. Ich bin — nebenbei bemerkt — der Meinung, daß eine Reihe von Verfassungspunkten abänderungsbedürftig sind. Ich halte es für wünschenswert, daß man, wenn man an einer Grundlage der Verfassung rüttelt, dann auch die Wirkungen beobachtet, welche sie auf die anderen Faktoren ausübt. Eine gemeinsame Kommission soll sich mit der Prüfung des Wahlrechts befassen. Auch das beweist mir, wie schlecht unsere Verfassung ist. In letzterer besteht nämlich kein Jenius, der, außer bei Geheimkommissionen, derartige gemeinsame Kommissionen vorsteht. Es ist ein buntes Lohwobohu, eine mangelhafte Art der Verfassung. Zu welchem Zweck soll die Kommission eingesetzt werden? Sie soll gegebenenfalls Abänderungsvorschläge machen. In der Verfassung steht jedoch nicht, daß die Bürgerschaft derartige Schürfsarbeiten (Heiterkeit) durch eine Kommission ausüben lassen soll. Der Senat soll prüfen und uns dann sagen, zu welchem Ergebnis die Prüfung geführt hat. Das ist nicht Sache der Bürgerschaft. Der Senat darf nicht sagen: Ich allein geh nicht hin; mir ist es draußen zu dunkel, komm Du mit heraus. (Oho!) Der Senat muß an uns herantreten. Jetzt wird eine Kommission gewählt, die tagt dann mit den Senatoren hinter verschlossenen Türen. Und wenn das Produkt fertig ist, dann erklärt man: „Hebt ja keine Kritik!“ (Widerspruch.) So ist es ja doch geschähen. Die Geschichte dieses Gesetzes ist das allerbeste Beispiel. Ich bin dagegen, daß man diese Wahlrechtsfrage alleine herausgreift, um damit den Sozialdemokraten die Tür zumachen. Das ist nicht in der Ordnung. Der Senat mag prüfen und uns dann seine Entschlüsse mitteilen. Der Senat ist sich nicht einmal klar darüber, ob eine Aenderung notwendig ist. Wir kommen da auf ganz ungesunde und nicht zweckmäßige Bahnen. Der andere Weg ist der gesündere und normalere. Ich stimme gegen den Antrag.

Senator Dr. Fehling: Ich muß, ehe ich zur Sache spreche, mich erst an die Person des Vorredners wenden und da kann ich nur den bekannten Satz zitieren: „Der Mann gefällt mir nicht!“ Einer der jüngsten Mitglieder spricht hier über die Verfassung und versucht sie anzutasten. Gleich im ersten Satz ist ihm ein Fehler passiert, der jedoch wohl nur auf einen falschen Zungenschlag zurückzuführen ist. Er sagte nämlich: „... seit wir uns mit diesem Gegenstand beschäftigt haben!“ Herr Dr. Wittern war damals aber noch gar nicht unter uns. Er ist ein junger Mann und noch jung im öffentlichen Leben, sodaß es ihm wohl Niemand übelnehmen kann, daß er so wenig Erfahrung in diesen Sachen besitzt. (Sehr richtig!) Wer denkt denn augenblicklich daran, an der Verfassung Aenderungen vorzunehmen? Der Senat hielt sich verpflichtet, zu sagen, in dieser Frage wollen wir wiederum gemeinsam prüfen, ob etwas zu geschehen hat. Wir wollen im vollsten Lichte der Deffenlichkeit prüfen. Die Sachen sind viel zu ernst, als daß wir mit solchen Reden darüber hinweggehen können. Vielleicht kommt der Vertreter Schlutups mit in die Kommission. (Heiterkeit.) Wir wollen sachlich und vorurteilsfrei prüfen. (Sehr richtig!)

Dobbertstein: Wenn Herr Senator Dr. Fehling verachtet hat, das junge Bürgerchaftsmitglied Dr. Wittern in den Staub hinabzuschießen (Oho-Hufe), so ist ihm das wenig oder gar nicht geglikt. Im Gegenteil, die Heilame ist in die Ferne hinausgegangen. Herr Dr. Wittern kann Senator Dr. Fehling nur dankbar sein. Die Vorbereitungen zum heutigen Antrag verstehe ich nicht, nachdem so gut wie gar keine Stimme aus der Bürgerschaft laut geworden ist, die eine Aenderung der Bestimmungen bezweckt. Einmal hat hier einer in die Blechtrompete posant; die Bürgerschaft hat sich aber ruhig verhalten. Wenn die Hoffnung bestände, daß der Senat etwas Besseres schaffen will, dann wird kein einziger Anwehender den Senatsantrag ablehnen dürfen, wenn für die Bevölkerung etwas Besseres herauszuholen ist. Wer aber die Stimmung unter den Schärsmachern (Oho-Hufe) in der Bürgerschaft kennt, der weiß, daß nichts Ersprießliches herausbraten wird. Wenn die Arbeiter bisher keine Stütze erlangt haben, und wenn ihnen von den Nationalliberalen immer wieder ein Kiesel vorgegeben wird, dann mögen sie das ihrer Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie zuschreiben, dann mögen sie sich bei letzterer bedanken. So lange das Parteiprogramm der Sozialdemokratie gilt, so lange diese ihre Herrschaft nur über den Trümmern des Mittelstandes aufbauen will, solange wird keine Besserung eintreten. Deshalb rufe ich den Arbeitern draußen zu: „Geht in die Kommunalvereine; ihr werdet dort eure Rechte finden!“ Die Freisinnige Volkspartei ist keine spezielle Partei; wir wollen alle gleich nach Recht und Gerechtigkeit behandeln, was weder die Agrarier (Heiterkeit), noch die Sozialdemokraten tun. Die Sozialdemokraten bedrücken die Arbeiter. Wenn die Arbeiter sich wieder bürgerlich fühlen, dann werden auch die nationalliberalen Wähler den Arbeitern Stütze in der Bürgerschaft gewähren. Ich beantrage, dem Senatsantrage folgenden Zusatz zu geben: „... gegebenen Falles Abänderungsvorschläge zu machen, welche bezwecken, allen lübischen Staatsangehörigen eine Vertretung, besser wie bisher, zu gewährleisten.“

Senator Dr. Fehling: Der Antrag des Herrn Vorredners ist gut begründet und gut gemeint, er kann aber nicht angenommen werden, weil er dem Senatsantrage eine bestimmte Richtung gibt. Ich fürchte mich gar nicht davor, daß wir Arbeiter hier haben. Ich sehe einem solchen Sauerzeug mit Ruhe entgegen. Eines aber darf nicht vergessen werden, ob es sich nicht darum handelt, die Stadt der Sozialdemokratie auszuliefern. In meiner Freude will auch der Vorredner das nicht. Die Sache soll nicht über's Knie gebrochen werden.

Soleman: Ich will nicht so hohe Töne anschlagen, wie die beiden Herren Vorredner aus der Bürgerschaft. Ich möchte den Gedanken der Einsetzung einer Kommission nicht verwerfen. Ich bin einer derjenigen gewesen, der ir. Bt. gegen die Wahlrechtsvorlage gestimmt hat. Ich muß mich insofern Herrn Dr. Wittern anschließen, als er sagt, die Sache sei damals über's Knie gebrochen worden. Man wollte damals die Vorlage unter Dach und Fach bringen. Ich kann das heute noch nicht gutheißen. Ich habe damals einen Kommissionsantrag gestellt; wäre der angenommen worden, dann wären wir heute nicht in der unerwünschten Lage, schon wieder zu ändern. Ich halte es für ein großes Unrecht, daß einer ganzen Anzahl von Leuten, die das Wahlrecht erwerben konnten, dieses Recht einfach genommen wurde. Auch die Aufstufungsbeschränkung von 5 Jahren halte ich nicht für richtig. Nach meiner Ansicht ist das Gesetz nichts wert gewesen. Die einsetzende gemeinsame Kommission müßte aus der doppelten Anzahl Bürgerchaftsvertreter als Senatsmitglieder bestehen. Der Senat hat von größeren Einschränkungen gesprochen; man hat daraus geschlußfolgert, daß es sich hier um eine Wahlrechtsverschlechterung handelt. Ich kann dem allerdings nicht zustimmen. Nach meiner Meinung ist es ein großes Unrecht, wenn man einen Teil der Bevölkerung vom Wahlrecht ausschließt. Wir wollen jedoch nicht, daß eine Klasse der Bevölkerung die Majorität erlangt, etwa die Sozialdemokratie. Einen solchen Standpunkt halte ich für sehr richtig. Schon bei der vorigen Beratung habe ich mich dahin ausgesprochen, daß ein Sicherheitsventil geschaffen werden muß. Ich stehe dem Vorschlage der

Minderheit der damaligen Kommission, die sich für Abteilungs-wahlen aussprach, sympathisch gegenüber. Dadurch wird der Arbeiterklasse eine angemessene Vertretung gewährleistet. Man darf hierüber nicht leichtsinnig hinweggehen; müssen wir uns doch immer vergegenwärtigen, welchen Gefahren wir entgegengehen können. Die vorgeschlagene Prüfung entspricht dem Ernst der Situation. Auch ich halte Aenderungen unseres Gesetzes für notwendig. Ich bin, da der Vorschlag auf Abteilungs-wahlen keine Aussicht auf Erfolg hat, für Schaffung kleinerer Wahlbezirke mit je einem Vertreter und Einführung von Stich-wahlen. Letztere Forderung ist damit zu begründen, daß, wenn sich einmal zwei bürgerliche Parteien gegenüberliegen, leicht die Sozialdemokratie den Sieg davontragen kann. In seinen weiteren Ausführungen wünscht Redner, daß den Bürgerchaftsmitgliedern der Zutritt zu den Bürgerausschuß- und Kommissions-Sitzungen freistehe.

Dr. Wittern: Ich glaube, daß es nicht jeden Tag passiert, daß ein Senatsmitglied ein Mitglied der Bürgerschaft in einer derartig persönlichen Weise behandelt, wie es hier heute seitens des Senators Dr. Fehling mir gegenüber geschehen ist. Ich verbitte mir vom Herrn Senator auf das Entschiedenste, meine Jugend zu kritisieren. (Glocke des Wortführers.)

Wortführer Stiller: Ich bitte den Herrn Redner, in einer geeigneten Weise zu sprechen, und den guten Ton nicht zu verletzen.

Dr. Wittern (fortfahrend): Ich muß aber aufs äußerste mein Bedauern über die Worte des Senators aussprechen. Ich bin persönlich angegriffen worden. Darf aber ein Senatsmitglied ein Bürgerchaftsmitglied angreifen, ohne daß letzteres sich wehren kann? ... (Glocke des Wortführers.)

Wortführer Stiller: Sie haben den Senat provoziert! (Hufe: Nein, nein!)

Dr. Wittern (fortfahrend): Ich bedauere, daß, wenn ich ruhig spreche, mir so geantwortet wird. Ich glaube gern, daß ich Manchem nicht genehm bin. (Widerspruch.) Ob ich aber Senator Dr. Fehling gefalle oder nicht, ist mir gleichgültig. Ich könnte ja auch ausführen, wie man über Senator Fehling in der Deffenlichkeit denkt. Ich bin nicht von den Honoratioren gewählt, die hier sonst an der Spitze der Gesetzgebung sitzen, sondern von den Schlutuper Fischern. Ich hoffe, daß ich diesen Platz noch länger behalte, auch selbst wenn es dem Herrn Senator Dr. Fehling nicht gefällt. Wohin sollte es führen, wenn ich Senator Fehling fragen würde, wie alt er ist? Ich bin 37 Jahre alt. Die Jahre, in denen ich mich befinde, sind jedenfalls geeigneter zur öffentlichen Betätigung, als die Jahre, in denen sich mancher Kollege des Senators Fehling befindet. — Ich bleibe dabei, daß Aenderungen der Verfassung notwendig sind. Nicht ich zuerst — ich bin ja jung — habe die Frage angeschnitten, sondern im Bürgerausschuß Herr Jenne. Ist der Mann auch so jung? Ich glaube, der würde ganz anders mit dem Senator umgesprungen sein. (Heiterkeit.) Bilden Sie sich doch nicht allzuviel auf den Mut des Senats ein. Der Senat hat vor 3 Tagen seinen Mut bewiesen. ... (Glocke des Wortführers.)

Wortführer Stiller: Ich erlaube den Redner wiederholt, sich der persönlichen Angriffe zu enthalten. (Bravo!)

Dr. Wittern (fortfahrend): Ich verlange, daß der Senat die Frage prüft und dann mit Vorschlägen an uns herantritt. Soll ich Ihnen vielleicht noch erzählen, wie diese Vorlage zu uns gekommen ist? Der Senat hat sich die Sache unter den Fuß geben lassen. (Glocke des Wortführers.) Um nicht immer unterbrochen zu werden, schließe ich jetzt!

Senator Dr. Fehling: Ich fordere Herrn Dr. Wittern auf, alles, was er über mich weiß, offen zu sagen und nicht verdeckt. Ich bin hier nur Vertreter des Senats. Die Art und Weise, wie Herr Dr. Wittern über die Verfassung gesprochen hat, gibt Verzeihung für meine Worte. Ich kann jedoch die Worte über Herrn Dr. Wittern zu meinem Bedauern nicht bedauern. Dem Antrag Dobbertstein bitte ich der Kommission mit auf den Weg zu geben; von einer Beschlußfassung aber bitte ich Abstand zu nehmen. Es gibt Dinge, wo eine gemeinsame Prüfung in hohem Grade erwünscht ist. Dann braucht auch kein Rückzug angetreten zu werden. Der Ruf nach Verfassungsänderungen ist schon vor 30 Jahren ertönt. Wir wollen die Verfassung aber nur dann ändern, wenn es nothut. Vielleicht handelt es sich darum, einer Verfassungsänderung näher zu treten. „Gegeben Falles“ sagt gar nichts. Die gemeinsame Kommission prüft und dann kann sich der Mannesmut zeigen. Die Frage auf beschränkte Deffenlichkeit kann geprüft werden; für gemeinsame Kommissionsitzungen aber kommt sie nicht in Betracht.

Pape: Ich bin tiefbetrübt gewesen, als ich diese Vorlage am Freitag, dem denkwürdigen 18. März, zugestellt erhielt. Für den Senatsantrag kann ich nur dann stimmen, wenn gleichzeitig Dobbertsteins Antrag angenommen wird; sonst bin ich dagegen, daß durch die Schärsmacher Verschlechterungen kommen. Herrn Dr. Fehling attestiere ich, daß er bei seinen Angriffen gegen Herrn Dr. Wittern etwas zu temperamentvoll gewesen ist. Ich bin nicht so ängstlich vor ein paar Sozialdemokraten. Wenn Sie aber dasselbe von sich sagen, so sind das nur schöne Worte. Das bewies uns die letzte Wahlrechtsverschlechterung. Damals hat man die Verfassung zurückdatiert. Sie fürchten, daß mädlichermaßen hier lauter Sozialdemokraten hineinkommen. Woran aber liegt das? Au der spezifisch

Tädelischen Gesetzgebung! (Lebhafter Widerspruch.) Sie widersprechen! Da will ich Ihnen nur drei Fälle vor Augen führen; zunächst erinnere ich an die Behandlung des alten Kapitän Gerlich, dann an die Droschkentreiber und endlich an die Mißhandlung der Feuerwehrlente, denen das wichtigste Recht bürgerlicher Freiheit genommen worden ist. Man bestrafte sie, weil sie es gewagt hatten, um Gehaltsaufbesserung zu petitionieren. Durch derartige Mißhandlungen schaffen Sie Sozialdemokraten! In manchen Sachen bin ich mit Herrn Dr. Wittern einverstanden, in anderen natürlich nicht. Mancher Arbeiter verdient heute keine 1200 Mark; der ortsübliche Tagelohn ist ja ein weitlich niedriger. Ich hoffe, daß Herr Dr. Wittern für den Dohbersteinischen Antrag stimmen wird. Es ist hier von Mannesmut gesprochen worden. Mir sagte aber einmal ein Bürgerchaftsmitglied: „Zu den Vorversammlungen gehe ich gerne; da kann man mal ein freies Wort sprechen, weil kein Senator dort ist.“ (Heiterkeit.) Auf Herrn Dr. Wittern trifft das natürlich nicht zu. (Heiterkeit.) Wir sollten uns in der Gesetzesfabrikation nicht allzusehr überstürzen. Jeden Montag kommen wir nun mehreremale hintereinander zusammen. — Nach Annahme des damaligen Gesetzes hieß es, es solle ein praktischer Versuch gemacht werden. Ist der denn bis jetzt schon gemacht worden? Nur die Angst vor der Sozialdemokratie veranlaßt Sie zu diesem Schritt. Ich habe damals immer gesagt: Werdet schnell Bürger, denn der Jenus wird ein ganz hoher. Ob hier nun Ständewahlen kommen werden, ist zweifelhaft. Die damalige Kommission hat sich entschieden dagegen ausgesprochen. Die Herren haben sich damit festgelegt. (Widerspruch.) Bei den gemeinsamen Kommissionen sind wir als gehorsame Kinder verpflichtet, Folge zu leisten. Das Gesetz ist schlecht; es kann nur verbessert werden, wenn die familiären Staatsangehörigen einen Einfluß einräumen. Ich stehe auf dem Standpunkt des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts.

Senator Dr. Eichenburg: Es sind eben Andeutungen gemacht worden über die Veranlassung dieses Antrages. Es ist reichliches Material vorhanden, daß der Kommission zugehen wird. Sache der Bürgerchaft ist es, diejenigen Herren in die Kommission zu wählen, die für Verbesserungen eintreten.

Senator Dr. Fehling: Auf das Tempo der Verhandlungen in der Bürgerchaft hat der Senat keinen Einfluß. Die Bürgerchaftswahlen standen damals vor der Tür. Vorwürfe gegen den Senat dürfen Sie nicht erheben.

Otte: Es ist hehräbend, zu sehen, wie man allenthalben an der 50 Jahre bestehenden Verfassung herumwobelt. Durch einfache Abstimmungen nimmt man Verfassungsänderungen vor. Das ist nicht recht und auch in anderen Städten nicht Usus. Auch hier liegt eine Verfassungsänderung vor, nachdem man erst vor 1 1/2 Jahren eine solche vorgenommen hat. Die Verfassung aber ist eine Urkunde; ihr müssen wir Verfassungstreue entgegenbringen. Ich stehe der heutigen Vorlage mit Bedenken gegenüber. Als Allheilmittel schlägt man uns eine gemeinsame Kommission vor. Ich stehe diesem auf Grund der Erfahrungen sehr skeptisch gegenüber. Zu ihren Vorschlägen sollen wir nur Ja oder Nein sagen. Will der Senat jetzt Abänderungen, dann mag er mit Vorschlägen kommen; dann wählen wir uns eine Kommission, die prüft. Ich wünsche aber, keine unbekanntem Ziele zu gehen.

J. Thiel: Es ist vorhin das Wort Scharfmacher gefallen. Mir ist aber ein Scharfmacher, der den Anstoß zu der Einsetzung einer Kommission gegeben hat, nicht bekannt. Scharfgemacht wird, aber von einer anderen Seite. Die Herren, die sich über Scharfmachereien beklagen, scheinen ganz wunderbare Auffassungen von der Bürgerchaft zu haben. Ich erinnere hier an die Veranlassung des Bürgerrechtsvereins vom 18. Febr. Redner führt einige Äußerungen Pape's in jener Versammlung an, um zu beweisen, daß dort die Scharfmacher sitzen. Herr Pape, der gewiegte, gebildete und erfahrene Parlamentarier (Heiterkeit) hat dort z. B. auch von einer prinzipiellen Opposition gesprochen. Eine solche aber würde ich, gegen eine Senatsvorlage gerichtet, für ein Verbrechen gegen unsere Verfassung halten. Dem Arbeiter aber ist der Scharfmacher, der freimüthige Volksparteiler, noch nicht genug; er geht zu den allerhöchsten, zu den Sozialdemokraten. Als Redner weitere Äußerungen Pape's hören will, wird er vom

Wortführer Stiller unterbrochen, mit dem Ersuchen, nicht zu weit abzuweichen.

J. Thiel (fortfahrend): Lübeck kann stolz sein auf seinen Handwerkerstand. In einem Punkte begegne ich den Herren, das letztgenannte Wabrecht enthält einen großen Fehler, indem es das Bürgerrecht an einen Jenus knüpft. Nach dieser Richtung hin muß Remedur geschaffen werden. Die Karrenzeit jedoch muß in eingehalten werden. Man hat von der Angst vor der Sozialdemokratie gesprochen. Die heutigen Bestimmungen aber gehen weiter. Es ist für eine große Partei wohl möglich, die Probe aufs Exempel zu machen und Lübeck zu proletarisieren. Eine Reihe Sozialdemokraten würden wir nicht. Die Arbeiter können auch gerne Geschäftsführer, Redner oder Gewerkschaft wählen; das ist ihr gutes Recht! Sie halten eben diese Leute für die besten Vertreter ihrer Interessen. Ich würde auch nichts dagegen haben, wenn die Sozialdemokraten Herrn Pape, Dohberstein u. mit ihrer Vertretung beauftragen. (Heiterkeit.) — Der erste Grundgedanke der Sozialdemokratie ist der, ausschließlich das Wohl der arbeitenden Klassen zu vertreten. Es gibt aber auch noch andere Klassen, deren Interessen vertreten sein wollen. Es aber mag hier ausgesprochen werden, daß ich mich einer sozialdemokratischen Herrschaft widersetze, solange ich das Heil in Händen habe, allerdings auf realer Wege. (Lebhafter Widerspruch.) Ich bin dem Senat ausdrücklich für den von ihm eingeschlagenen Weg. Nehmen Sie den Antrag an. (Bravo!)

Dr. Dreher: Ich bedauere, daß dem Senat Vorwürfe gemacht werden; hierzu lag keine Veranlassung vor. Ebenso ist es bedauerlich, wenn ein Bürgerchaftsmitglied den anderen Vertretung persönlicher Interessen vorwirft. Das vorliegende Gesetz muß sich auf einen bestimmten Zeitraum beschränken. Es mag ja Zeit der Prüfung vorgekommen sein. Jeder muß das Recht (Sehr richtig) es ist deshalb nicht richtig zu sagen, es soll eine Verkleinerung vorgenommen werden. Er werden hier nicht den Kampf aller gegen alle.

Peters: Ich bin dem Senat dankbar für die Vorlage. Es ist jetzt gemacht worden, dann soll man sie rasch gut machen. Man hat heute nicht genügend mit der höchsten Organisation der Sozialdemokratie. Die Herren werden keine andere Juristen-Konferenz haben der Bürgerchaft. Sie soll dem großen Staat helfen. Ich erinnere hier nur an den Dohberstein-Konflikt... (Glocke des Wortführers.)

Wortführer Stiller: Ich bitte, nicht in spezielle Auseinandersetzungen mit der Sozialdemokratie einzutreten. (Heiterkeit.)

Peters (fortfahrend): Ich bitte um Annahme des Senatsantrages.

Brecht: Damit es nicht den Anschein hat, als wenn nur die Mitglieder der Linken die Worte des Herrn Senators Dr. Fehling bedauern, erkläre ich, daß auch ich sie bedauere, ohne damit Herrn Dr. Wittern's Vorgehen gutzuheißen. Ein Senatskommissar sollte sich von derartigen persönlichen Angriffen fernhalten. (Sehr richtig!) Die Ausdrücke des Herrn Dr. Wittern über die Honoratioren waren demagogisch. (Sehr richtig!) Ebenso scharf ist es zu verurteilen, wenn hier gesagt wird, Senat und Bürgerchaft hätten ihre Beute schnell heibringen wollen. So wertvoll war die Beute nicht (Gr. Heiterkeit), daß wir uns dafür ins Zeug gelegt hätten. Das Resultat der damaligen Beratung war ein Kompromiß. Der äußersten Linken war die Tür geöffnet worden. Wir sahen mit Sicherheit voraus, daß Sozialdemokraten in die Bürgerchaft hineinkommen würden. Das wurde durchaus gewollt. Von einer Wahlrechtsverschlechterung kann jetzt keine Rede sein. Wir haben aber alle Ursache, darüber zu machen, daß die Geschichte Lübeck's nicht in die Hand einer Partei gegeben werden, die revolutionär, antimonarchistisch ist und den Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung bezweckt. Herr Pape meinte, wir könnten die freie Wahl einführen. Hier möchte ich sagen: „Du unschuldsooller Engel, du!“ (Heiterkeit.) In allen Städten kommt die Sozialdemokratie hoch. Wer unzufrieden war, ging früher zur freimüthigen Volkspartei, heute geht er zur Sozialdemokratie. Das würde auch nicht besser werden, selbst wenn Herr Pape Bürgermeister von Lübeck wäre. (Gr. Heiterkeit.) Alle Vorschläge sind geprüft worden. Herr Dohberstein empfehle ich, aus seinem Antrag die Worte „alle lübeckischen Staatsangehörigen eine Vertretung“ zu streichen. Die Klassenwahl ist mir nicht mehr sympatisch. Hoffentlich kommt die jetzige Kommission zu besseren Vorschlägen wie die erste.

Dr. Wittern: Ich habe Senator Fehling nicht offen oder verheißt angegriffen. Ich nehme an, daß Herr Dr. Fehling ein Freund der offenen Wege ist. Ich freue mich hierüber und gratuliere ihn. Ich stelle fest, daß die Senatsmitglieder der Geschäftsordnung nicht unterliegen, diese den Bürgerchaftsmitgliedern gegenüber im Vorrecht sind. Auch das ist eine Lücke in der Verfassung.

Senator Dr. Fehling: Was ist schlimmer, daß ich Herrn Dr. Wittern offen angegriffen habe oder daß er mir verheißt Angriffe entgegenwühlende? Ich werde jetzt nicht mehr weiter mit Herrn Dr. Wittern sprechen.

Dohberstein: Herr Heinrich Thiel hat wenig Verständnis für Handwerkerfragen. Man muß selbst Handwerker sein, um das beurteilen zu können. Die hier drinnen sitzen, wissen es nicht, aber die draußen, fern von der Kruppe stehen, kennen es. (Gr. Heiterkeit.) Selbst Freunde des Herrn Thiel machten bei seinen Ausführungen eine Miene, als wenn sie sagen wollten: „Nimm Dir nicht selbst den Nimbus Deiner politischen Laufbahn!“ Die damals die Vorlage unter Dach und Fach brachten, das waren die Scharfmacher. Und wenn hier einige Herren scharfe Worte gesprochen haben, so betrachte ich das als eine Maus. (Heiterkeit.) Aber der Berg, der dahinter steht, das sind die Staatsübel. (Gr. Heiterkeit.) Die Sozialdemokraten haben lange nicht das Interesse an der Erhaltung des Staates und der Kommune, als diejenigen, die Leiter in kaufmännischen Geschäften u. sind. Der Lohnarbeiter kann anderswo Arbeit finden; von den Unternehmern aber gibt es unter Tausend nicht einmal einen, der sich in diesem Falle auf die Hinterbank stellen könnte. (Gr. Heiterkeit.) Ich ändere meinen Zusatzantrag in dem von Herrn Brecht angebotenen Sinne ab. Haben Sie den Mut, etwas Gutes zu sagen, dann wählen Sie Leute in die Kommission, die auch Besseres schaffen können.

Thiel: Ich kann Herrn Pape nur unterstützen. Im Jakob-Quartier wurden nicht sozialdemokratische Stimmen, sondern Stimmen unzufriedener Leute abgegeben. Wir im Bürgerrechtsverein haben Zeit genug gehabt zur Beratung der damaligen Abänderungsvorschläge; also hätte es der Vaterstädtische Verein auch bewerkstelligen können. Wir sind die größten Gegner der Sozialdemokratie, aber wir wollen gleiches Recht für alle.

Dr. Götz: Ich habe anfangs große Bedenken gegen den Senatsantrag gehabt und hätte lieber gesehen, wenn der Senat mit Vorschlägen zu uns gekommen wäre. Der heutige Tag beweist mir, daß ich recht hatte. Damals gab es nur zwei Wege: Jenus- oder Klassenwahl. Der erstere wurde gewählt. Wir wären weit besser zum Ziel gekommen, wenn der Senat jetzt gleich den anderen Weg, also die Klassenwahl vorschlagen hätte. Dann wäre offen Farbe bekannt worden. Eine Klassenwahl wird doch von Ihnen beliebt werden; hoffentlich findet dann die Jenuswahl auch noch Verteidiger. Wir werden uns übrigens ja noch wiedersehen, und dann wird die Frage sorgfältig geprüft werden müssen, ob das neue Wahlrecht die Vorteile hat, die das alte nicht haben soll. Eine Bitte habe ich noch an Sie und das ist: Nehmen Sie in die einzusetzende Kommission Mitglieder aller Schattierungen. Ich halte das für richtig, daß wir diese Leute, die Herr Brecht ja als Linke bezeichnet hat, mitnehmen, anstatt sie auszuschließen. (Gr. Unruhe: Ruhe!) Ist denn das schon geschehen? Herr Pape hat von der großen Unzufriedenheit gesprochen und nur drei Fälle angeführt. Den Fall Gerlich kenne ich, und da muß ich sagen, daß es sich bei demselben um einen vollständig unbedingten Anspruch handelt. Ich halte es für verfehlt, hier mit derartigen Sachen zu kommen. Sind aber wirklich Bedürfnisse oder Uebergriffe von Behörden vorhanden, dann sollen sie hier zur Sprache gebracht werden.

Senator Dr. Fehling: Die Ansicht des Herrn Dr. Götz, daß der Senat hier gleich das Klassenwahlrecht vorzuziehen sollte, ist verfehlt. Eine gemeinsame Kommission möge die Frage prüfen.

Pape: Weil keiner der jungen Linsen in die damals bestehende Kommission gewählt worden ist, war auch eine eingehende Prüfung unserer Forderungen nicht möglich. (Woh!-Rufe.) Herr Dr. Götz hat sich jedenfalls verpflichtet, als er forderte, daß alle Kräfte der Bevölkerung in der Kommission vertreten sein sollten. Er hat jedenfalls Bürgerchaft gemeint. (Dr. Götz: Selbstverständlich!) Ich führe das deshalb hier an, damit Herr Dr. Götz bei Herrn Heinrich Thiel nicht auch in den Verdacht gerät, er lehne der Sozialdemokratie Vorstoß. (Gr. Unruhe.) Herr Thiel war uns prinzipiell Opposition gegen Senatsanträge vor. Wo habe ich denn solche gemacht? Ich habe doch sogar schon für Senatsanträge gestimmt. (Heiterkeit.) Herr Thiel hat mich nur deshalb angegriffen, weil für sich offensichtlich nach draußen zu wollen... (Glocke des Wortführers.)

Wortführer Stiller: Ich finde es ungebührlich, am Schluß dieser langen Verhandlungen noch persönliche

Sachen auf Tapet zu bringen. Ich bitte den Redner, hiervon abzubrechen.

Pape (fortf.): Wollen wir denn heute die Sache wieder über's Neue brechen?... (Glocke d. Wortf.)

Wortführer Stiller: Ich kann nicht einsehen, daß Ihre persönlichen Bemerkungen etwas mit der Sache zu tun haben, speziell, nachdem die Zeit so weit vorgeritten ist.

Pape (fortf.): In der Geschäftsordnung steht nicht, daß der vorgeschrittenen Zeit halber Debatten abgekürzt werden sollen. Ich bitte den Wortführer, doch nicht parteiisch zu verfahren... (Glocke d. Wortf.)

Wortführer Stiller: Der Wortführer hat die Geschäftsordnung zu wahren und der Stimmung des Hauses Rechnung zu tragen. Im Uebrigen verbitte ich mir Ihre Kritik.

Pape (fortfahrend): Ich ersuche den Wortführer, mir den Nachweis aus der Geschäftsordnung zu liefern, daß er auch der Stimmung der Bürgerchaft Rechnung zu tragen hat. (Glocke des Wortführers.)

Wortführer Stiller: Selbstverständlich habe ich der Stimmung Rechnung zu tragen. Die Versammlung hat keine Lust, am Schluß noch persönliche Reden zu hören, und nur das bringe ich zum Ausdruck.

Pape (fortfahrend): Dann müssen Sie Präsident vom Reichstag werden! (Stürmische Heiterkeit.)

Rosenquist: Es könnte mir ja auch passieren, daß ich stillschweigend muß. Herr Thiel sagte vorhin (Thiel will sich entfernen, wird aber vom Redner mit den Worten: „Herr Thiel, bleiben Sie einen Augenblick!“ unter großer Heiterkeit zurückgehalten), die Lübecker seien stolz auf ihren Handwerkerstand. Nein, Herr Thiel, die Handwerker sind stolz auf ihren Stand. Heute rechnet man jeden Arbeiter zu den Sozialdemokraten; es giebt aber manche jetzigen Meister, die früher als Sprecher der Arbeiterchaft fungierten. Die Arbeiter sind also nicht alle Sozialdemokraten. Die Debatte ist geschlossen. Bei der Abstimmung wird der Antrag Dohberstein abgelehnt. Der Senatsantrag auf Einsetzung einer gemeinsamen Kommission findet mit großer Majorität Annahme. In die Kommission sollen 15 Bürgerchaftsmitglieder delegiert werden.

Rußland und Japan.

Vom Reizgeschauplage in Ostasien geht das Nachrichtenmaterial nur sehr spärlich ein. Eine Wiedergabe verdient nur folgende Drahtung der russischen „Tel. Ag.“: Nach einem Bericht des russischen Stabschefs General Skinski befinden sich die Truppen in guter Stimmung; Krankheitsfälle seien nicht zu verzeichnen. Nach den Berichten der Grenzwahe ist der Betrieb der ostchinesischen Bahn ungestört; bei der Station Uximi hat ein Rittmeister mit 70 Reitern eine Bande von 100 Chunksen vertrieben. Die Besetzung der Städte Udschu und Pjông-jang in Korea durch feindliche Infanterie und Artillerie wird bestätigt. Auf der Straße von Udschu nach Pjôngjang ist eine verstärkte Bewegung von Truppen und Train zu bemerken.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Geheimpläne zur Beseitigung des bestehenden Reichstagswahlrechts wurden Montag gelegentlich einer Beleidigungsklage gegen unseren Genossen Riem von der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ vor dem Amtsgericht Meissen erörtert. Nach der beidseitigen Aussage des durch jene Pläne bekannt gewordenen Dr. Giesebrecht, gehen jene Geheimpläne dahin, die Wahlgleichheit durch das Pluralwahlsystem zu ersetzen, abgestuft durch Bildung, Lebensalter und wirtschaftliche Selbstständigkeit. Im Auftrage jener Kreise suchte Dr. Giesebrecht namentlich die Großindustriellen für die Geheimpläne durch streng vertrauliche Diskurse zu gewinnen. In Sachen gab nur die Nähmaschinenfirma Diebold und Wode in Meissen eine Geldunterstützung. Wegen Beleidigung der Inhaber der Firma bei Besprechung der Geheimpläne, wurde Genosse Riem vom Amtsgericht zu der horrenden Geldstrafe von 600 Mk. verurteilt.

Eine infame Lüge! Als eine „infame Lüge“ stellte Herr v. Hammerstein im preussischen Landtage die Behauptung hin, daß von Preußen Deferteure an Rußland ausgeliefert würden. Seltz meldet aber das staatsrechtliche „Oberösterreichische Tageblatt“ in Wetzten: „Einen Unfug verursachte ein russischer Deferteur, der am Mittwoch gegen Abend hier festgenommen und von zwei Soldaten mit aufgeflossener Gewehr zur Bahn transportiert wurde. In Mtschlowitz wartete die russische Grenzwahe auf ihn. Wahrscheinlich hatte der arme Kerl Angst vor den Spanern und wollte sich einem Transport nach dem fernem Osten durch die Nacht nach dem Westen entziehen. Was wird jetzt in Rußland sein Los sein? Wahrscheinlich eine Kugel oder gar — ein Strick.“ — Daß Deutschland seine Aufgabe darin sieht, den russischen Sorgen und Genken neues Material für ihre Tätigkeit zuzuführen, und diese Pflicht seit Bismarck's Zeiten treulich erfüllt, ist schon im Reichstage klar genug nachgewiesen worden. In diesem Falle hat die Sache allerdings noch einen besonderen Galen. Die Auslieferung russischer Deferteure bedeutet nämlich einen flagranten Bruch der Neutralität zugunsten Rußlands. Aus diesem Grunde hat es wohl auch der preussische Polizeiminister im Landtage mit dem Abtrugten so eilig gehabt.

„Vorbestrafte Redakteure“. In einer Privatbeleidigungssache des früheren Oberbürgermeisters Segelmeier von Heilbronn gegen den Redakteur der freimüthigen „Heilbronner Zig.“ tat der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Schüller-Heilbronn, eine Äußerung, die auch für weitere Kreise von Bedeutung ist. Bezüglich der Berufsstrafen der Redakteure äußerte der genannte Richter, daß diese als Vorstrafen für das Gericht fast gar nicht in Betracht kommen! — Das ist sehr vernünftig von dem Herrn Landgerichtsdirektor. Die Redakteure sagen sich aber auch hier, daß eine Schwalbe kein Sommer macht. Im allgemeinen werden wohl vorläufig noch lange in den Gerichtsfällen die Aufzeichnungen jenes Staatsanwalts vorherrschen, der von einem wegen einiger Preßergehen vorbestraften Redakteur als von einem „Reizgen mit geliebtem Vorleben“ sprach. Hier auch die

Anschauungen des wegen Verleumdung mit 20 Mark bestraften Herrn Justizrat, des obdomburgischen Justizministers, welcher erklärte, er könne kein Verhör geben, ihm gelte ein Verhör genau so wenig wie jeder andere Sünden.

Vom Aufstandsgebiet in Südwestafrika dröhelt Gouverneur Lantwein, daß nach einer Meldung aus Grootfontein die Strecke längs des Dauramba- und Omatakaflusses zwischen Otjeto und Ojomawara (im Nordosten des Aufstandsgebietes) vom Feinde frei ist. Oberleutnant Volkmann ist angewiesen, die Linie längs des Dauramba- und Omatakaflusses zu sperren. — In der militärischen Oberleitung dürfte übrigens demnächst ein Wechsel eintreten. Nach Meldungen bürgerlicher Blätter soll Generalmajor v. Trotha nach Afrika gehen, um die Oberleitung im Feldzuge zu übernehmen.

Kleine politische Nachrichten. Die Herrin Fräulein Dr. med. Therese Oppler wurde vom Magistrat in Breslau in eine der neu zu besetzenden Schulärztklassen gewählt. — Beyerleins „Bapfenreich“ ist in Leipzig durch polizeilich verboten worden. Das Verbot wurde vom Landrat gebilligt. Eine Begründung des Verbots wurde nicht gegeben. Beim Regierungspräsidenten in Arnberg wurde sofort Beschwerde eingelegt. — In Barcelona wurde eine von den Anarchisten geplante Versammlung von den Behörden verhindert. Zahlreiche Anarchisten wurden verhaftet, doch wieder freigelassen; ihre Waffen wurden beschlagnahmt. — Ein Petersburger Telegramm meldet die Ermordung des chinesischen Statthalters in Sibirien. Die Tat verübten Chinesen, weil der Statthalter ihnen zu russenfreundlich war.

Rußland.

Sturichlungen. Der Rittmeister Jukow vom Generalstab, kommandiert zur Hauptintendantur Verwaltung, ist nach vorheriger Ausstoßung aus dem Heere zum Tode verurteilt und hingerichtet worden. Jukow hat angeblich Pläne der Organisation der Feldarmee an Japan verkauft. — Der am 10. März zum Tode verurteilte Anführer des Mordanschlags gegen den Minister Sijjagin, Beterinärarzt Gerschunt, ist ebenfalls hingerichtet worden. Die Meldungen, daß er um Gnade gebeten habe, besätigen sich nicht.

Afrika.

Eine erste Meuterei englischer Truppen wird aus Südafrika gemeldet. Nach einer Johannesburger Laffan-Meldung meuterten am Sonnabend 600 Mann eines Walliser Regiments in Howick (Natal) offen gegen ihre Vorgesetzten. Das Bataillon befand sich auf dem Wege von Pretoria nach der Hafenstadt Durban, wo es eingeschifft werden sollte. Bei der Meuterei versuchten die Offiziere vergeblich, die Ordnung unter ihren Mannschaften aufrecht zu erhalten. Die Leute rückten mit ihren Waffen in die Stadt, plünderten Gasthöfe und Läden und trieben die Stadtbewohner zu Paaren. Wüste Kaufereien fanden statt, und viele Personen wurden verwundet. Die Meuterei plünderten die Häuser und terrorisierten den ganzen Distrikt. Aus Pietermaritzburg wurde das zweite Bataillon des Westphal'schen Regiments mit zwei Maschinengewehren abgeschickt, um die Meuterei zu unterdrücken.

Amerika.

Der Militarismus in Kanada. Lord Dundonald, der Kommandant sämtlicher englischer Truppen in Kanada, verlangte die Verdoppelung der jetzt 100 000 Mann starken Miliz, Vermehrung der Artillerie und Etablierung einer besonderen Flotte zur Küstenverteidigung. Das kanadische Parlament ist anscheinend geneigt, diese auffallenden Forderungen zu bewilligen.

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 21. März.

Die Bürgerschaft hielt gestern eine verhältnismäßig gut besuchte Versammlung ab, bei der es sich in der Hauptsache um die Beratung des Senatsantrages auf Einsetzung einer gemeinsamen Wahlrechtsüberprüfungs-Kommission handelte. Die teilweise recht heftigen Debatten führten schließlich zur Annahme des Senatsantrages. Für den eine Verbesserung des bestehenden Wahlrechts bezweckenden Antrag von Dohberstein erhoben sich nur 6 Mitglieder und zwar außer Bape und seinen Freunden noch Coleman. Die übrigen Tagesordnungspunkte waren nur untergeordneter Natur, vielleicht mit Ausnahme des in geheimer Sitzung erledigten Senatsantrages, dessen Beratung etwa 1/2 Stunden währte. Gegen 2 Uhr, nachdem die Tagesordnung bis auf einen, die Anlage einer neuen Willenkolonie in Travemünde bezweckenden Punkt aufgearbeitet worden war, wünschte man allseitig Schluß. Der Senat widersprach jedoch und die Bürgerschaft gehorchte. Die Debatte ging weiter. Doch der Stern des Senats war angehtsch der vorgeordneten Stunde im Erlöschen begriffen; immer mehr Mitglieder verdufteten. Als dann um 3 Uhr über einen Antrag Coleman auf Einsetzung einer Kommission abgestimmt werden sollte, da bezweifelste Präses Fehling mit Erfolg die Beschlußfähigkeit. Ohne sich um die Widersprüche der Bürgerschaft zu kümmern, setzte der Vorsitzende die nächste Sitzung auf heute, Dienstag, 12 Uhr an. — Den Bericht über die Wahlrechtsdebatte finden die Leser in heutiger Nummer, während über die anderen Punkte morgen berichtet wird.

Nationalliberale Wahlrechts „Liebe“. Anlässlich der letzten Reichstagswahl wurde seitens der nationalliberalen „Liebe“ merkwürdig behauptet, sie träten mit ihren Parteifreunden entschieden für die Beibehaltung des jetzigen Reichstagswahlrechts ein. Was man nun von dieser Behauptung zu halten hat, beweist folgendes. Seitens der „Liebe“ wurde eine Umfrage über das bestehende Reichstagswahlrecht veranstaltet. Es liefen erklärlicherweise eine ganze Reihe Meinungen von Professoren u. a. ein, die sich für die Erhaltung desselben aussprachen. Vereinzelt wurden auch gegenteilige Auffassungen vertreten. Unter angeblich für das bestehende Reichstagswahlrecht schwärmende Amtsblatt druckt nun nicht etwa die dem Wahlrecht günstigen Antworten ab, sondern die allerreaktionärste Beurteilung, die überhaupt einlaufen konnte. Sie stammt vom Philosophen E. v. Hartmann und lautet: „Das gleiche Wahlrecht aller ist das schlechteste aller möglichen, weil sein proletarisch-demagogischer Zuschnitt auf die Dauer notwendig zur Diktatur (Böhlerherrschaft) führen muß.“ — Ein nettes Bild!

Die Fahrpläne sind in der Zeit vom 1. bis 15. April d. J. an den Werktagen täglich vormittags von 9 bis 1 Uhr und nachmittags von 3 bis 5 Uhr an der Kasse des Polizeiamtes zu sehen. Die Abgabe wird

jedoch schon jetzt in den vorerwähnten Geschäftsstunden entgegengenommen. Einige Anträge auf Ermäßigung der Abgabe auf 3 Mt. sind ebendasselbst zu stellen unter Vorlegung des für das Jahr geltenden Einkommensteuerzettels.

Wahung, Zimmerer! Ueber die Firma Aktien-Gesellschaft für Hoch- und Tiefbau, vorm. Geb. Gelskamm, (Wahnhofstraße), ist die Sperre verhängt worden.

Zum Amtsrichter ernannt hat der Senat zum ersten April den preussischen Amtsrichter Fritz Stiebeling in Lauenburg i. B.

pb. Auf frischer Tat ertappt. In der Zeit vom Sonnabend den 19. abends bis Montag den 21. d. M. morgens wurden aus dem Gardeoberraum der Beamten der Handelskammer eine fast neue hellgrüne Lita mit Laßingfutter, ein blaues, ein graues und zwei schwarze Bureaujacken und ein schwarzer Kammgarnrock gestohlen. Gestern mittag wurde der Dieb auf frischer Tat ertappt, wie er im Begriff stand, sich auch noch einen Paletot aus derselben Garderobe rechtswidrig anzueignen. Es war ein stellungloser, reisender Handlungsgehülfe, der sofort festgenommen wurde.

pb. Fahrrad Diebstahl. Gestern Abend gegen 10 1/4 Uhr wurde von der Ecke des Geißelplatzes und der großen Burgstraße ein Fahrrad „Opel 12“ mit der vom Polizeiamte gelieferten Erkennungsnummer 3787, schwarzem Gestell, schwarzen Felgen, nach oben gebogener Lenkstange und eisernem Gepäckhalter mit Holzplatte gestohlen.

pb. Kleiderdiebstahl. Am Sonntag mittag wurde aus einem Zimmer des 2. Stockes des Hauses Mengstraße 20/22, ein Gehrockanzug ohne Weste, ein Jacketanzug ohne Weste, eine weiße Weste, ein Paar Schnürschuhe und ein Oberhemd gestohlen.

Malente. Seitens der Zimmerer ist über das Bauwerk „des Zimmermeisters Johannes Steffen, hierelbst, die Sperre verhängt worden.

Mölln. Eine recht fatale Ueberraschung bereitet, wie dem „Lauenb. Anz.“ von hier geschrieben wird, die hiesige Stadtvertretung einer ganzen Reihe von Einnwohnern. Diese hatten ihre Kinder in die städtische Bürgerschule geschickt und alle die Jahre hindurch pünktlich das Schulgeld bezahlt, das die Stadt ihnen abverlangt hatte. Jetzt kommt die Stadt nun plötzlich und verlangt für die Jahre 1901, 1902 und 1903 noch nachträglich Schulgeldnachzahlungen, weil die Stadt sich angeblich in der Erhebung des Schulgeldes geirrt und zu wenig erhoben habe. Da sind jetzt Leute, die 50 bis 60 Mt. nachzahlen sollen, andere aber, bei denen die nachgeforderte Summe 100 Mt. erreicht oder gar übersteigt. Wie verlautet, handelt es sich meist um Fälle, bei denen die Eltern mehrere Kinder in die Schule schickten und das dritte Kind schulgeldfrei bleiben sollte. Da schämt man jetzt auf die geniale Idee gekommen zu sein, nicht ein Drittel der Schulgeldsumme für die drei Kinder abzuziehen, sondern immer das Schulgeld für das billigste Kind abzuziehen, also wenn jemand vier Kinder in die Schule schickte, das vierte frei von Schulgeld zu lassen, was unrichtig sein würde. Nach § 196 Abs. 11 des Bürgerlichen Gesetzbuches sind übrigens die Forderungen der öffentlichen Unterrichtsanstalten, soweit sie aus dem Jahre 1901 stammen, bereits am 31. Dezember 1903 verjährt, dürfen also nicht mehr nachgefordert werden. Man sieht mit Spannung dem weiteren Verlauf der Angelegenheit entgegen; eine Anzahl der beteiligten Einnwohner wird wohl die Nachzahlung verweigern und gemeinsam im Verwaltungsstreitverfahren gegen die Stadtverwaltung klagen werden. In einer inzwischen abgehaltenen Versammlung der beteiligten Kreise wurde beschlossen, die erhaltene Aufforderung zur Nachzahlung zu ignorieren.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Die Kieleschuhmacher beschlossen, nachdem sämtliche Einigungsverhandlungen gescheitert sind, mit 24 gegen 8 Stimmen in den Streik einzutreten. Zug ist fernzuhalten.

Gültrow. Schwurgerichtsstatisik. In der ersten ordentlichen Sitzungsperiode dieses Jahres vom 29. Februar bis 16. März kamen vor dem Schwurgericht in Gültrow gegen 27 Angeklagte 47 einzelne Straftaten zur Aburteilung. — Verurteilt sind 21 männliche und 3 weibliche Angeklagte. Freigesprochen sind 3 Personen. Erkannt wurde gegen 1 Person auf Todesstrafe, gegen fünf Personen auf Zuchthaus von 5–10 Jahren, gegen 3 Personen auf Zuchthaus von 2–5 Jahren, gegen 3 Personen auf Zuchthaus unter 2 Jahren, gegen 3 Personen auf Gefängnis von 1 Jahr und mehr und gegen 9 Personen auf Gefängnis unter 1 Jahr. Die Straftaten verteilen sich wie folgt: Widerstand gegen die Staatsgewalt 2, Meineid 11, Verbrechen gegen die Sittlichkeit 3, Mord 1, Totschlag 1, Raub und Erpressung 3, Fälschung öffentlicher Urkunden 4, Brandstiftung 2, Verbrechen im Amte 4.

Voizenburg. Bei der Bürgerschaftswahl wurden im ersten Wahlgang 306 Stimmen abgegeben. Es erhielten Schuhmacher Garber 164, Apotheker Meyer 130, zerplittert 11. Garber gewählt. Im 2. Wahlgang erhielten von 320 abgegebenen Stimmen: Stellmacher Krahn 161, Lehrer Boldt 140, zerplittert 19. Krahn gewählt. Im dritten Wahlgang erhielten von 308 abgegebenen Stimmen: Ackerbürger Blohm 167, Schmiedemeister Grädener 133, zerplittert 8. Blohm gewählt. Trotz der größten Anstrengungen unserer Gegner gelang es also, die beiden innegehabten Mandate zu behaupten, sowie ein neues zu erobern. Bravo!

Beste Nachrichten.

Essen a. N. Spiele nicht mit Schießgewehr. Im Scherz zielte ein hiesiger Schindlermeister auf einen ihn besuchenden Kunden. Die Waffe entlud sich, und die Kugel tödete den Mann.

Köln. Infolge einer Gaseplosion, die in einer Schlosserei stattfand, erlitten zwei Arbeiter sehr schwere Verletzungen, so daß sie in das Hospital geschafft werden mußten; mehrere andere wurden leichter verletzt.

Fraunfurt a. M. Ausgebrochen. In der Nacht zum Montag brachen aus dem hiesigen Gefängnis 9 meist wegen geringer Vergehen verhaftete Untersuchungsgefangene aus. Durch ein in die Mauer gedrochenes Loch waren sie ins Freie gelangt. Die Flüchtigen wurden zum größten Teil bereits wieder festgenommen.

Weinheim. Ermordeter Polizist. In der Bergstraße in Lügelschafen wurde der Polizeidiener Radel erschossen. Der Mörder ist ein aus der Kreispflegeanstalt entsprungenes Pflanzling namens Grüne.

München. Ein Scheusal. Der Gültersohn Michael Brandmüller in Craßing, Gem. Martinskirchen (Rdb.), kam nachts in betrunkenem Zustande nach Hause, überfiel seine 54jährige gebrechliche Mutter und verübte an ihr ein Verbrechen. Das Scheusal wurde verhaftet.

Wien. Bierfächer Mord. Ein graufiges Verbrechen hat sich hier in der Nacht zum Montag zugetragen. Der Fleischer Ebner schlich sich in die Wohnung des Fleischer Svatos in Ottakring ein und ermordete diesen

sowie dessen Frau durch Messerschlag, dann einen Lehrling und eine Dienstmagd. Der Mörder hatte die Absicht, die eiserne Kasse Svatos zu berauben. Durch die Hilfrufe der Magd wurde er aber daran verhindert. Ebner wollte durch das Fenster die Flucht ergreifen, durch einen vorbeikommenden Soldaten und einen Kutscher wurde er indessen festgenommen. Darauf machte er einen Selbstmordversuch.

Warschau. Ueber eine furchtbare Brandkatastrophe in Rußland, die eine ganze Stadt eingeschert hat, wird einem oberhiesigen Blatt folgendes gemeldet: Die russische Stadt Klewan ist vollständig abgebrannt. Sechshundert Gebäude, darunter die Synagoge, die katholische Kirche, sämtliche Schulen, das Rathaus, die Post und das Gerichtsgebäude wurden angeblich ein Raub der Flammen! Tausend Menschen sind obdachlos. Nähere Nachrichten über diese bisher anderweitig noch nicht bestätigte Meldung liegen noch nicht vor.

Paris. Eine Standalaffäre. Die Polizei nahm Sonntagabend im Atelier des englischen Malers Bulton eine Hausdurchsuchung vor, bei welcher 19 Personen verhaftet wurden, welche skandalöse Orgien gefeiert hatten. Die Angelegenheit ruft großes Aufsehen hervor.

London. Schiffskatastrophen. Einige Schiffskatastrophen, von denen leider zum Teil auch deutsche Schiffe betroffen wurden, haben sich fast gleichzeitig ereignet. Ein Telegramm aus Dublin berichtet: Die deutsche Bark „Mona“ stieß 25 Meilen östlich vom Rish-Leuchtschiff mit der in Swanssea beheimateten 1100 Tonnen großen Bark „Lady Cairus“ zusammen. Letztere sank rasch und, obgleich die „Mona“ zur Hilfeleistung bei ihr blieb, wurde von Mannschaften oder Reisenden nichts mehr gesehen. Später wurde die „Mona“ nach Dublin eingeschleppt. Ein zweiter Schiffsunfall wird durch ein Lloyd-Telegramm aus St. Catharines Point gemeldet: Der von Newyork kommende Dampfer der Amerikan-Linie „New York“ strandete am Kap de la Hague westlich von Cherbourg. Der Dampfer kam mit Beschädigungen des Bodens ohne fremde Hilfe wieder los und landete drei Reisende und Post in Cherbourg. Darauf setzte er die Reise nach Southampton fort. Auf dieser Fahrt stieß die „New York“ unweit Hurst Castle mit dem Transportdampfer „Majay“ zusammen, der mit 500 Mann Truppen nach Indien ausgelaufen war. Die „Majay“ erlitt starke Beschädigungen. Beide Schiffe haben nunmehr den Hafen von Southampton aufgesucht. Die dritte Katastrophe, durch die ein deutsches Schiff betroffen wurde, hat sich an der Küste von Jütland zugetragen. Bei Lyngbörn ist der Steiner Kohlendampfer „Saxonia“ gestrandet. Rettungsboote haben mit dem Schiff Verbindung; für Menschenleben besteht keine Gefahr. Von Frederikshavn ist ein Bergungsdampfer abgegangen.

Barcelona. Luftschifferunfall. Bei dem Versuch, einen Aufstieg zu unternehmen, fiel Sonntag hier ein Luftschiffer ins Meer und ertrank.

Johannesburg. Die Pest. Im Kultiviertel von Johannesburg ist die Pest ausgebrochen. 27 Personen sind bereits der Krankheit erlegen. Es sind Maßnahmen getroffen, die farbige Bevölkerung aus der Stadt zu bringen. Weiße sind bisher von der Krankheit nicht befallen.

Briefkasten.

Zwei Streitende. Auf das bürgerliche Leben übt die Verletzung in die 2. Klasse des Soldatenstandes keine Wirkung aus.

Leitung.

Für die Porzellanarbeiter gingen ein:
Verband der Töpfer 20,— Mt.
Postlehrs Bau, Travemünde 2,—
Bereits quittiert 127,65
Summa 149,65 Mt.

Unserer heutigen Nummer liegt ein Prospekt der Buchdruckerei Conrad u. Kamberg in Cottbus bei, worauf wir hiermit noch besonders hinweisen.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 21. März.
Der Schweinehandel verlief ruhig.
Zugeführt wurden 460 Stück. Preis: Sengschweine — Mt., Verkaufschweine, schwere 46–47 Mt., leichte 46–46 1/2 Mt., Sauen 40–44 Mt. und Ferkel 40–45 Mt. pro 100 Pfund.

Heute entließ nach längerem Leiden mein lieber guter Mann
Julius Pünner.
Tief betrauert von mir und allen Angehörigen.
Johanna Pünner, geb. Mehr.
Lübeck, den 20. März 1904.
Beerdigung Mittwoch vormittag 9 1/2 Uhr von der Kapelle des Allgem. Gottesackers aus.

Am Sonntag Abend 6 Uhr starb nach kurzer aber schwerer Krankheit im 39. Lebensjahre meine geliebte Frau und meines Sohnes treuzorgende Mutter
Frau Marie Gatermann, geb. Möller
Tief betrauert und schmerzlich vermisst von mir, meinem Sohne, ihrer alten Mutter, Schwester und Bruder, sowie allen Verwandten.
H. Gatermann und Sohn.
Trauerfeier Donnerstag den 24. März, vormittags 11 1/4 Uhr. Aufnahme 12 Uhr von der Kapelle des Allgem. Gottesackers.

Zum 1. April Wohnungen, 3 Zimmer mit allen Zubehör, preiswert zu vermieten.
Näheres Segebergerstraße 9

Gesucht zum 1. Juli eine Wohnung von einzelnen Leuten im Preise von 150–180 Mt.
Off. u. L. 12 an die Exped. d. Bl.

Gesucht zu Otern ein Lehrling von rechtlichen Eltern.
Aug. Pauls, Töpfermeister, Heinrichstr. 13 b.

Die blinde Johanna Möller
bittet um Arbeit im Rohrstuhlflechten.
Böttcherstraße 25.

Kleines Haus zu kaufen gesucht.

Off. u. C. V. an die Exped. d. Bl.

Einarker Wagen, passend für Bauunternehmer, billig zu verkaufen

2 Schaufenstervorsetzer billig zu verkaufen Südkirchstr. 27.

Guter Landbesitz, 2 Sonnen Land u. Garten am Hause, 1 Sonne gute Wiese, zu verkaufen.

E. Kettelhans, Ravensbüsch.

Zu verkaufen ein noch fast neuer Küchenschrank ohne Aufsatz

Geberdesstraße 49, III.

Zu verkaufen: Sotahisch, Spiegel, Bilder, Bettstelle mit Matratze, sowie verschiedenes

Reiferstraße 37, I.

1 hochfeiner schwarzer Zylinderhut, hat 15 Mk. gekostet, ist für 7 Mk. zu verkaufen

Obertrabe 57 a, part.

Eine Traillen-Bettstelle zu verkaufen, Nr. 5 Mk.

Fantwärtsgrube 51, I, II, I.

Für Schuhmacher!

Eine Beschäftigung, mit od. ohne Ladengeschäft, ist billig zu verkaufen. Näh. Fackenburg, Allee 32.

Der Deutsche Reichstag 1903-1908.

Biographisch-statistisches Handbuch von

Joseph Kürschner.

Sämtliche Reichstagsabgeordnete sind nach ihren Photographien abgebildet.

Preis 50 Fig.

Buchhandlung von **Friedr. Meyer & Co.**

Polsterarbeit

in und außer dem Hause, gut und billig.

F. Lenius, Engelswisch 33-7.

Täglich alte Buttermilch

Milch- und Butterhandlung **Arnimstraße 6.**

C. F. Barchmann.

Telegramm aus Frankfurt a. M.

Sin soeben nach 18 stündiger Fahrt auf meinem

Gritzner-Motorrade

mit völlig intakter Maschine und ohne die geringste Störung der letzteren wohlbehalten in Frankfurt angekommen. Die 610 km lange Tour führte von Lübeck über Rastenburg, Lauenburg, Lüneburg, Helgen, Celle, Hannover, Göttingen, Münden, Kassel, Marburg, Lollar, Bad Nauheim, Frankfurt

Die Tour wurde unter Kontrolle des Deutschen Radfahrer-Bundes, gez. Bjerring, gefahren. — Mein Gritzner-Motorrad ist in Frankfurt auf der Automobil-Ausstellung ausgestellt.

O. Störzner.

Oeffentl. Versteigerung

Donnerstag den 21. März, vorm. 10 1/2 Uhr

ganz präzise

Südkirchstr. 47, part.

über das gesamte große

Möbel-, Spiegel- und

Polsterwaren-Lager

wegen gänzl. Aufgabe und Räumung des Lokals, als: Plüschgarnituren, Moquettgarnituren, Salongarnituren, Sofas u. Stühlen, einzelne Sofas, Salon- u. Anzugschische Vertikals, Trumeaux, Spiegelschränke, Pfeilerpiegel, Bettstellen mit und ohne Federunterlagen, Waschtische mit u. ohne Marmor, Kleiderschränke, Küchenschränke Tische, Stühle,

1 echt unknapp Zimmer Einrichtung,

1 engl. Schlafzimmereinrichtung,

1 Herrenschreibtisch und verschied. mehr.

Möbl. Auctionator.

Gekaufte Sachen müssen bis Montag abgeholt werden. Besichtigung ev. Kaufordres täglich.

Spargelkartoffeln zu verkaufen

Sedanstraße 25.

Kolonialwaren- und Flaschenbierhandlung etc. halte meinen Freunden und Gönnern bestens empfohlen.

Carl Buck

Warendorffstraße 32, Ecke Geberdesstraße.

Ausgabe von grünen Rabattmarken.

Konfirmanden - Anzüge

in schwarz, Cheviot, Diagonal und Satin, sowie schwarzblau Cheviot in grosser Auswahl.

Herren - Anzüge

in jeder Größe und Preislage von 8.00 bis 45.00 Mk., stets in großer Auswahl am Lager.

Gebe grüne Rabattmarken. Nehme volle Bücher in Zahlung.

Wilh. Bartelt

Breitestrasse 25, gegenüber der Bekergrenze.

H. Bremer, 27 Mühlenstrasse 27.

Total-Ausverkauf

wegen Aufgabe des Geschäfts!

Nur noch kurze Zeit. Zu jedem annehmbar. Preise.

Kleiderstoffe, Normalhemden, Kattune, weiße Unterrocke, Kleider-Blaudrucks, fertige Bettbezüge, Buckskinreste, Buckskinhosen, sowie viele and. Sachen.

H. Bremer, Mühlenstraße 27.

Zur Konfirmation

empfehlen unsere

prachtvollen Konfirmations - Karten

in grosser Auswahl zu billigsten Preisen.

Lübecker Gesangbücher

von 3,50 Mk. an.

Unsere Kolportage nehmen ebenfalls Bestellungen an.

Buchhandlung von **Friedr. Meyer & Co.**

Johannisstraße 50

Wiederverkäufern gewähren wir hohen Rabatt.

Alle wissen es,

welche es gebraucht haben, daß **Solo-Waschpulver** aus der Seifenfabrik von Kroos & Co. in Stade allen Hausfrauen große Vorteile bringt. Gleichwertige Fabrikate in Packeten sind 50 Mt. teurer. Solo-Waschpulver (geklebt geschützt) kostet das ausverwogene Pfund überall nur 20 Fig. und ist ebenso gut wie das beste Seifenpulver in Packeten zu 30 Fig.

Vertreter: **Otto Schweichler, Lübeck.**

Hausfrauen.

Zum Einlegen von grünen Gerlingen verwenden Sie am besten den beliebten Essig von

H. L. Wiegels,

vorm. J. C. Bange.

Zu den bekannten Niederlagen

fabrik: Filschergrube 61.

Chem. Waschanstalt

v. Frau C. Monica, Kupferchmiede-

straße 13,

empfehlen sich zum

Reinigen und Waschen von Damen- und

Herren-Garderoben, Decken usw.

Schnelle u. saubere Ausführung. Billige Preise.

Konfirmations-Karten

Reizende Neuheiten in

Geschenken aller Art.

H. Gröper, Mengstr. 18.

Konfirmations-Karten. Hochfeine

5 Fig.-Karten, 3 und 5 Stück 10 Fig. bis zu den feinsten, sehr

billig. Langereihe 7.

Herm. Hartog

Abbruch-Lager

Kanalstraße, unterh. der Glockengießerei.

Verkauf von allen vorstehenden

Abbruch-Materialien. Tannen und Eichen-Brennholz.

Sonntags von 8-9 und 11-12 Uhr geöffnet.

Februar 1898.

Erste Spargel-Kartoffeln zu verk.

Geberdesstraße 53

Sein Lager in fertigen Schäften

empfehlen

Schuhmacher-Rohstoff-Verein.

Berein Deutscher Schuhmacher.

Mitglieder-

Versammlung

Mittwoch den 23. März

abends 9 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Tages-Ordnung:

1. „Aus der Praxis der Unfall-Versicherung“.

Referent: Gen. H. Wiffell.

2. Stellungnahme zur Generalversammlung in

Berlin, ev. Delegiertenwahl.

Erscheinen sämtlicher Kollegen notwendig.

Die Ortsverwaltung.

Panorama

Breitestrasse 53, 1. Etage.

Diese Woche ausgestellt:

Dänemark.

Interessanter Besuch von Kopenhagen.

Jeden Tag von 10-10 Uhr geöffnet

Stadttheater

7 1/2 Uhr. Mittwoch den 23. März. 7 1/2 Uhr.

178 Vorstellung. 26. Mittwochsabend.

Die Doppelgängerkomödie

Hierauf:

Hans Hucklebein.

7 1/2 Uhr. Donnerstag den 24. März. 7 1/2 Uhr.

Faust.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung ist Herr **Otto Schweichler**, Lübeck. Druck und Verlag: **Otto Schweichler**, Lübeck. Druck- und Verlagsanstalt: **Otto Schweichler**, Lübeck. Druck- und Verlagsanstalt: **Otto Schweichler**, Lübeck. Druck- und Verlagsanstalt: **Otto Schweichler**, Lübeck.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Wie man Hüffener züchtet. Ein eigentümlicher Gouvernementsbefehl ist in Mainz erlassen worden. In der schneidigen Verfügung wird gerügt, daß sich in letzterer Zeit wieder um vielfach bei Schlägereien zwischen Zivil- und Militärpersonen die Militärpersonen so schlapp und energie-los benommen hätten, wie es eines Mannes, der die Ehre habe, des Königs Rock zu tragen, durchaus unwürdig sei. Dann geht es weiter: Ebenso wie ich erwarte, daß jedem unnötigen Konflikt aus dem Wege gegangen wird, verlange ich andererseits, daß, wo es nötig ist, von der Waffe so energig Gebrauch gemacht wird, daß sich in Zukunft diese Elemente (das Zivil) hüten, einen Soldaten wieder anzugreifen. — Nach einem derartigen Erlass, der den Militärpersonen schon im voraus Absolution erteilt, kann man sich auf neue Heldentaten à la Hüffener oder Bräufelwiz gefaßt machen.

Die deutsche Reichsjustiz gerät immer tiefer in den Reaktionsumpf. Wie schon berichtet, wurde die Revision der „Vorwärts“-Redakteure Leib und Kollatz, die wegen des Kaiserinsel-Artikels zu neun bzw. vier Monaten Gefängnis verurteilt worden waren, vom Reichsgericht verworfen. Das höchste deutsche Gericht hat nicht einmal in der Tatsache einen Revisionsgrund gesehen, daß Genosse Leib wegen fünf Artikeln verurteilt worden ist, während nur drei unter Anklage gestellt und verhandelt worden sind. Die Strafkammer hatte eine fortgesetzte Handlung angenommen und sich für berechtigt erachtet, zwei weitere Artikel in ihre Ur- und Verurteilung einzubeziehen. Das Reichsgericht hat darin keinen Rechtsirrtum erblickt. „Weil eine fortgesetzte Handlung angenommen sei, hätte auch der Angeklagte auf eine Aenderung oder Erweiterung der Anklage nicht hingewiesen werden müssen.“ Der „Vorwärts“ bemerkt daher auch zu dem Ergebnis: „... Hiernach kann ein Redakteur, der wegen drei Artikeln angeklagt ist, wegen fünf Artikeln verurteilt werden, ohne daß eine neue Anklage erhoben, ohne daß ein Hinweis erfolgt ist, daß er auch wegen der zwei anderen, nicht inkriminierter Artikel verurteilt werden könnte. Und das auf Grund der neuen Konstruktion einer „fortgesetzten Handlung“. Dieser neueste juristische Konstruktionsapparat übertrifft noch den des dolus eventualis. Es könnte nach dieser neuesten Entdeckung ein Redakteur wegen eines Artikels angeklagt und wegen 300 Artikeln verurteilt werden. Bilanz nahm man für jeden Kulturstaat als Grundgesetz an: ohne Anklage kein Urteil. Das Reichsgericht ist anderer Ansicht. Denn auf nichts anderes als auf Umstoßung auch dieses Grundgesetzes läuft die Verwerfung der Revision hinaus.“ — Die Organe des bürgerlichen Rechtsstaates werden ungeachtet dessen der neuesten Leistung des Reichsgerichts ihren Beifall nicht versagen. Sie selbst kommen nicht in die Gefahr, von den verblüffenden juristischen Konstruktionen betroffen zu werden.

Die umstürzlerische Bibel. Den Toten des 18. März haben die Berliner Klassenbewußten Arbeiter am Freitag ihre Kranz-Grüße in den stillen Friedrichshain getragen. Die Schleifen der Kränze trugen wie alljährlich Widmungen des Dankes, der Erinnerung an die gefallenen Freiheitskämpfer, des Ansporns und der Anfeuerung für die lebenden Nachkommen. Wie alljährlich waltete auch diesmal wieder der politische Zensor seines Amtes; wo die „Staatsgefährlichkeit“ begann, setzte er die Schere an und rettete mit seinem Schnitt den weiteren Bestand der göttlichen Weltordnung des Kapitalismus. Unter anderem wurde vernichtet die Widmung: „Es werden gebüßt zu dir kommen die dich unterdrückt haben.“ Das gleiche Geschick traf eine Schleiße mit folgendem Spruch: „Es ist schon die Art den Bäumen an die Wurzel gelegt. Darum, welcher

Baum nicht gute Frucht bringet, wird abgehauen und in's Feuer geworfen.“ Die erste Widmung ist zu finden S. 14, Vers 14; die zweite Matth. Kap. 3, Vers 10. Das Alte wie das Neue Testament haben den Stützen des Friedrichshais ihre Huldbildung dargebracht. Ordnungsbeflissene Christen sollen sich, um ähnlichen Vergessenen für die Zukunft vorzubereiten, mit der Absicht tragen, die Bibel als eine umstürzlerische Schrift konfiszieren zu lassen, da der Bestand der Rechtsordnung und des modernen Staates durch ihre ungehinderte Verbreitung und Lektüre aufs ernstlichste gefährdet sei. . . .

Eine gründliche Abrechnung mit Mugdan hielten am Mittwochabend die Vorstandsmitglieder und Kandidaten der Görlicher Krankenkassen unter Anwesenheit von Mitgliedern aller politischen Parteien. Im Bureau der Versammlung saßen neben einem freisinnigen Handlungsgehilfen und einem sozialdemokratischen Töpfer ein nationalliberaler Stadtverordneter und ein konservativer Landtagswahlmann. In einer scharfen Resolution, der laut Beschluß der Sitzung dem Bureau des Reichstages übermittelt wird, erklärten die Versammelten, daß der freisinnige Abg. Mugdan kein Recht hatte, am 26. Januar cr. im Reichstage zu behaupten, daß er als Vertreter seines Wahlkreises spreche, während er die allereinstufige Interessenvertretung zu Gunsten der Ärzte betrieb. Auch einer der Wahladjutanten Mugdanz, ein freisinniger Zigarrenfabrikbesitzer, sprach sich gegen Mugdanz Haltung in der Ärzte- und Kassenfrage aus. Die Görlicher erwarten, daß Herr Mugdan jetzt eine Versammlung der Görlicher Kassenmitglieder einberuft gegen die Vorstände und Kandidaten. Wird das, Herr Doktor?

Scharfmacherfrühling. In Berlin trat am 18. März der Ausschuß des Zentralverbandes deutscher Industrieller zu einer Sitzung zusammen. In dieser Sitzung berichtete Herr Bueck über die Entstehung und den Ausbruch des Streiks in Rrimmitschau und die daran sich knüpfenden Bestrebungen zur Gründung einer Zentralstelle der Arbeitgeberverbände. Zur Zeit seien 546 der Streikenden noch nicht wieder eingestellt, davon an 400, die wegen „unqualifizierbaren Verhaltens“ während des Streiks überhaupt nicht wieder eingestellt werden sollen. Seit die liberalen Parteien Schulter an Schulter mit der Sozialdemokratie sich an der „Verschärfung“ des Gesetzentwurfes, betr. den Schutz der Arbeitswilligen, beteiligt haben, sehe man die Regierung im Reiche Schritt vor Schritt vor der Sozialdemokratie zurückweichen. Da sei es erhebend zu setzen, wie der größte Arbeitgeber der Welt, der preussische Eisenbahnminister Bunde, der 375 000 Angestellte und Arbeiter beschäftige, seine Stellung zu der zerstörenden Macht der Sozialdemokratie nehme und rücksichtslos gegen die Agitatoren derselben vorgehe. Das sei der Standpunkt, den der Zentralverband von jeher eingenommen habe. Redner verlas einige markante Stellen der Neben des Eisenbahnministers Bunde und knüpfte daran unter dem lebhaften Beifall der Versammlung die Mahnung, diesem Beispiel des preussischen Ministers zu folgen, dann werde es gelingen, die Arbeitswilligen zu schützen und Hunderttausende von Arbeitern, die heute unter dem Zwange der Sozialdemokratie leiden, zu befreien.

Kapitalistenprofit und Arbeitslohn. Unser holländisches Parteiorgan „Het Volk“ hatte kürzlich geschrieben: „Die Kohlengrube „Harloz“ zu Tilkeur (ein Dörfchen im Lütticher Bezirk) hat ihre Bilanz geschlossen mit einem Nettogewinn von 2 126 116,93 Frcs. Die Kohlengrube beschäftigt 2036 Arbeiter. Diese Arbeiter verdienen bei ihrer anstrengenden und gefährlichen Beschäftigung im Durchschnitt 4,13 Frcs. den Tag, 1252 Frcs. im Jahr, also alle zusammen 2 348 770 Frcs., ein klein wenig mehr als die paar Kapitalisten, die den Gewinn eingesprochen haben.“ Der katholische Abgeordnete Dr. Malberje hielt diese Angaben

für falsch und stellte Nachforschungen an. Was war das Ergebnis? Es ist noch ärger, als unser Bruderorgan angab. Der gesamte ungeheure Nettogewinn, von dem alle Insofeln abgezogen sind, fließt einer einzigen Familie zu, die keinen Finger dafür gerührt hat. Eine strenge, fast unmensliche Disziplin herrscht nach den Mitteilungen des Organs des genannten Abgeordneten auf der Grube; ein Spionagedienst unter den Arbeitern sei dort organisiert! Das ist, fügt das „Patholiet Social Weeld“ hinzu, die erschreckliche Wahrheit. Dieses Bild aus der Praxis zeigt so recht deutlich, was es mit der von unseren Manchestermännern mit Vorliebe vertretenen Theorie auf sich hat: wenn es dem Unternehmer nur gut gehe, würden die Löhne auch ohne berufsgenossenschaftlichen Zusammenschluß der Arbeiter erhöht. Brauchen wir noch zu sagen, daß alle diese Arbeiter der Sozialdemokratie anheimfallen? Man wundert sich wohl, daß der Sozialismus in Belgien eine so große Verbreitung, namentlich in den Bergwerksdistrikten gefunden hat. Dinae, wie die obenstehenden, geben die Erklärung dafür. Aber warum haben bisher die Merikalen, die die Regierungsgewalt in Belgien in der Hand haben, nichts getan gegen diese furchtbare Ausbeutung und Anechtung der Arbeiter? Und warum bekämpfen sie so erbittert alle diejenigen, die durch Hebung des Schulwesens wie durch soziale Reformen die Arbeiterklasse fördern wollen? Ja, Dauer, das ist ganz was anderes!

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Der Arbeiter Hans Müller aus Kiel wurde von der Strafkammer in Magdeburg wegen Majestätsbeleidigung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Die beleidigende Neußerung, die er im Gefängnis zu einem Mitgefangenen machte, war im Anschluß an einen Zeitungsbericht über die Wiebergenesung des Kaisers gefallen.

Italien. **Demonstration der Journalisten in der Kammer.** Bei Beginn der Kammer Sitzung am Freitag beantragte der konservative Senator, dem Donnerstag bei einem Unfall verletzten Herzog von Aosta die Sympathiewünsche der Kammer zu übermitteln. Die Preskribirten protestierten lärmend gegen diesen Antrag, worauf der Ministerpräsident Giolitti den Kammerpräsidenten zur Räumung der Preskribirten aufforderte. Auf die Weigerung des Präsidenten Biancheri erwiderte Giolitti, daß das gesamte Kabinett demissionäre, wenn die Tribüne nicht geräumt würde. Darauf befahl Biancheri die Räumung, die wegen Widerstandes der Journalisten durch Versagler erfolgt. Vor dem Parlamentengebäude fand nach Schluß der Sitzung noch eine heftige, langandauernde Demonstration gegen Giolitti und das Kabinett statt.

Frankreich. **Die Hafenarbeiter in Marseille** nahmen Sonnabend früh die Arbeit wieder auf. Nach einer offiziellen Drastung sollen übrigens Freitag noch erhebliche Straßentumulte stattgefunden haben. Es wird darüber gemeldet: Etwa 20 000 Mitglieder des internationalen Syndikats der Hafenarbeiter stießen Schmährufe gegen die Arbeiter aus, welche dem „französischen“ Syndikat (der Organisation der Streikbrecher) angehören und bei der Gesellschaft beschäftigt sind, welche sich geweigert hatte, die außerhalb des Syndikats stehenden Arbeiter zu entlassen. Man wurde handgemein, und mehrere Personen wurden verletzt. Unter den Vermurdeuten ist auch der Vorsitzende des „französischen“ Syndikats.

Belgien. **Das Bomben-Attentat in Lüttich.** Aus Brüssel wird der „Frankf. Ztg.“ noch gebracht: Wie immer bei solchen Anlässen, suchen die Merikalen für das Lütticher Bombenattentat die sozialistische Partei verantwortlich zu machen, während die Sozialisten ihrerseits die Gegenfrage stellen, warum diese Attentate immer gerade merkwürdiger-

nur Furcht machen und hast nachher Deinen Spott darüber.“

„Mir ist jetzt nicht wie spotten zu Mute, Fränzchen,“ sagte Hans ernst und sah sie still und nachdenkend an. — Durfte er nur der Schwester noch verheimlichen, was ihn bewegte und welcher Verdacht, ja er konnte kaum noch Verdacht sagen, nein, welche furchtbare Gewissheit ihn erfüllte? Aber nein! Ihrer selbst wegen mußte er noch schweigen. Noch lagen nicht genügende Beweise vor, um nur das Gerücht, viel weniger denn die Braut des Angeschuldigten zu überzeugen. Rauten war in allen Sätteln gerecht, und wenn weiter nichts, gewann er, sobald die Sache jetzt überreilt wurde, doch jedenfalls Zeit, sich strasslos zurück zu ziehen und der ihm drohenden Gefahr auszuweichen, und das durfte nicht sein. Erst mußte er mit dem Notar über Alles sprechen, und dann — heute Mittag — wollte er mit dem Vater reden.

„Es ist gut, Fränzchen,“ sagte er nach einer Weile, indem er ihr mit der Hand liegend über die Stirn strich. „Wenn ich Dir riet, Dich vorher auf nichts zu freuen, möchte ich auch nicht, daß Du Dir vor der Hand Sorgen machtest. Treue Herzen wachsen über Dich und Du darfst der Zukunft getrost in's Auge sehen.“

„Was hast Du nur, Hans?“ rief Franziska jetzt wirklich erschreckt; „auch Rauten kam mir heute Morgen so sonderbar vor, so zerstreut, so gar nicht, wie ich mir immer einen Bräutigam gedacht habe. Ihr werdet mir wirklich alle Beide den nächsten Tag verderben.“

„Ich bin selber in einer trüben Stimmung, Fränzchen,“ sagte Hans, „Du mußt das dem heutigen Tage und dem unglücklichen Fall zur Last schreiben. Morgen früh werden die häßlichen Schatten vielleicht gewichen sein.“

„Was ich mir auch ausgedenken haben will,“ rief Franziska, „denn wer mir am morgenden Tage ein böses oder verdrießliches Gesicht schneidet, der wird augenblicklich von meinem Hofe verbannt — wonach sich zu richten! Aber jetzt

Im Fenster.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

85 Fortsetzung.

Hans hielt den zerbrochenen Würfel in der Hand und konnte den Blick nicht wieder davon abwenden. — Und dieser Teufel hatte sich in seine Familie gestohlen und hätte seine eigene Schwester dann hinaus in die Welt geschleppt und natürlich wieder verlassen; denn wenn er kein Gut, kein Schloß besaß, wie konnte er es wagen, ihr endlich zu gestehen, daß er sie betrogen? — Und Dürbeck gemordet in so niederträchtiger, feiger Weise. — Güter Gott, den in solcher Weise zu betrügen, war leicht gewesen, da er keine Ahnung nur von solcher Schurkerei haben konnte. — Und das sein Schwager! — Er lachte grell auf, als ihm der Gedanke kam. — Und seine armen Eltern! — Franziska, das arme Mädchen, das sich jetzt abmühte, um alle Arbeiten zu beenden und ihrem Glück dann entgegen zu gehen! Glück? Ja, es war es Glück, daß er so zu rechten Zeit nach Deutschland gekommen, um vielleicht endloses Unheil von den Seinen abzuwenden!

Aber wie jetzt den Verbrecher seiner Tat überführen? Wenn auch Hans die moralische Ueberzeugung hatte, daß er vollkommen schuldig sei, wie war es möglich, den Beweis dafür so auf der Stelle zu liefern, daß man einen festen Halt an ihm bekommen konnte? — Da möchte ihn vielleicht der alte Pfister helfen oder wenigstens raten, und er beschloß auch deshalb, ihn ohne Weiteres aufzusuchen.

Den zerbrochenen Würfel steckte er in seine Tasche und verließ eben sein Zimmer, als Franziska aus einer andern Tür heraustrat und sehr geschäftig sah.

„Ach, Hans,“ sagte sie, „das ist heute noch ein schwerer Tag. Ich sage Dir, ich weiß gar nicht, wo mir der Kopf steht!“

„Ich auch nicht, Fränzchen,“ seufzte Hans, der sie so in

ihrem Glän, vor Freude strahlend, vor sich sah und doch wußte, daß er schon die Waffe in der Hand trug, die Alles mit einem Schläge niederwerfen mußte.

„Was hast Du nur, Hans, Du siehst heute so ernst aus.“

„Ich war bei Dürbecks Leiche, Fränzchen.“

„Ach ja!“ sagte das junge Mädchen, sich besinnend — sie hatte heute so viele Dinge im Kopfe — „die arme Blendheim! Und heute sollte ihre Hochzeit sein, und wenn ich mir denke, daß ich — sie barg schauernd ihr Antlitz hinter den mit Ringen bedeckten Fingern, um die gräßlichen Bilder fortzuschleichen, die vor ihr aufsteigen wollten.“

„Wenn Du was, Fränzchen?“ sagte Hans leise und suchte ihre Hände weg zu ziehen.

„O nein, nein, sprich mir nicht mehr davon,“ bat seine Schwester, „der bloße Gedanke daran ist entsetzlich!“

„Und denke, wie es der armen Konstanze zu Mute sein muß! Du freust Dich wohl recht auf Deinen Hochzeitstag?“

„Ich freue mich darauf, Hans, ja,“ sagte die Schwester die jetzt schon wieder an gar nichts Anderes dachte; „aber ich fürchte mich auch wieder davor, und es ist das jedenfalls die Trennung, die mir von Euch Allen bevorsteht.“

„Weißt Du, Fränzchen, daß man sich eigentlich auf gar nichts freuen soll?“

„Und warum nicht, Hans?“

„Weil wir nicht einmal der nächsten Stunde sicher sind, und doch bauen wir Pläne auf Wochen, Monate, ja Jahre hinaus.“

„Aber ist die Freude vorher nicht ein verlängerter Genuß?“

„Ja, wenn sich unsere Hoffnung erfüllt, aber wenn nicht, macht sie die Enttäuschung auch so viel herber und schmerzlicher.“

„Ach, Hans, Du bist ein böser Mensch, Du willst mir

welche in Wahlen stattfanden. Laurent, gegen dessen Haus das Attentat gerichtet war, hatte sich als Volkstribun durch Strenge gegen die Anarchisten ausgezeichnet. Die Forderung nach den Tatern ist bisher noch auf keiner Seite Spur. In Herfial wurde der ehemalige Redakteur der anarchistischen Zeitung „La Revolte“ verhaftet. Der in die Attentate von 1892 verwickelte ehemalige Offizier Moineau, der kürzlich begnadigt wurde, glaubt an einen persönlichen Racheakt und hält keine belgischen Anarchisten für die Täter. Der tot gefagte Kommandant Paphy ist noch am Leben, aber schwer verwundet.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Himmlerleute auf den Oberwerken bei Stettin haben nach einem Ausstand von wenigen Tagen eine bedeutende Erhöhung der Akkordlöhne erreicht. Jetzt sind die Tischler und Maschinenarbeiter mit höheren Lohnforderungen an die Direktion herangetreten. Die Tischler verlangen Garantierung des Stundenlohnes bei Akkordarbeit und Festsetzung des Stundenlohnes auf mindestens 35 Pf. — Eine Lohnbewegung der Berliner Bademeister und Bademeisterinnen ist im Gange. Gefordert werden 36 Mk. Wochenlohn für Männer, 24 Mk. für Frauen bei zwölfstündiger Arbeitszeit, ferner die Abschaffung des Trinkgeldsystems und der nicht zum Beruf gehörenden Nebenarbeiten. Diese Forderungen werden noch von einer öffentlichen Versammlung des Badepersonals durchberaten und dann dem Verein der Badeanstaltsinhaber vorgelegt werden. — Die Weißbinder in Frankfurt a. M. sind in eine Lohnbewegung eingetreten.

Unter den Mitgliedern des schwedischen Schneiderverbandes wird jetzt eine Urabstimmung abgehalten über die Frage eines internationalen Zusammenchlusses mit den Verbänden der Schneider in Norwegen, Dänemark und Deutschland. Durch dieses gebante Ueberkommen soll nicht nur eine internationale Regelung des Arbeitsunterstützungsverfahrens vorgenommen werden, sondern es soll auch festgesetzt werden, daß die einzelnen Verbände einander unterstützen müssen, wenn in einer Landesorganisation ein bestimmter Prozentsatz der Mitglieder in Streit steht oder ausgesperrt ist. Ähnliche Vereinbarungen bestehen bereits in anderen Berufsorganisationen.

Krimmischauer Streifergehen. Die Verhandlungen in Verbindung mit dem Textilarbeiterstreik haben noch kein Ende genommen. So wurde der Tischler Kreischmar wegen Verletzung eines Arbeitswilligen zu 3 Tagen Gefängnis verurteilt, der Weber Dinger dagegen von der gleichen Beschuldigung freigesprochen. Der Geschäftsführer der Leipz. Volkstz. Genosse Seifert, wurde wegen Herabsetzung der Plakate: „Wer bei keine Streikbrecher, keine elenden Wichte“ insgesamt zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt. Eines Berges gegen § 153 der S. O. sollen sich der Weber Albert Rothe und der Arbeiter Wallraj schuldig gemacht haben, ersterer wurde jedoch freigesprochen, letzterer erhielt 3 Tage Gefängnis. Wegen Verächtlichmachung Arbeitswilliger wurde Bergziel, Geburde Hoy und Kießling zu je 20 Mark Geldstrafe verurteilt. Vom Berges gegen § 153 der S. O. wurden der Arbeiter Götz und der Weber Drechler freigesprochen, der Weber Kunde dagegen wegen Verletzung religiöser Empfindens zu 1 Woche Gefängnis verurteilt.

Ein kleines Krimmischau in Oesterreich. In der mährischen Stadt Znaim sind nunmehr neun Monate über 400 Arbeiter ausgesperrt, beziehungsweise im Streik. Im Juni v. J. warf die Staatsfabrik Steidl sechs Vertrauensleute der Arbeiter aufs Pfähel, anstatt einen Akkordtarif zu beraten, wie sie versprochen hatte. Die übrigen Arbeiter, 25 an der Zahl, legten die Arbeit nieder. Sie wurden fünf Monate hindurch von der Arbeit einer anderen Firma unterstellt. Die Direktion dieser letzteren Firma jedoch wollte dem Fabrikanten Steidl zum Siege über eine Arbeiter verhalten und sperrte deswegen ihre eigenen Dreher und Formler aus. Es kam zu einem allgemeinen Streik der übrigen Arbeiter, 400 an der Zahl. Das war im November v. J. und jetzt dauert der Streik noch fort. Die Unternehmer von Znaim haben mit den Krimmischauern die tolle, an Wahnsinn grenzende Hartnäckigkeit gemein, sie wollen an jeden Preis, selbst an den der darunter stehenden Schädigung des Betriebs, die Forderungen der Arbeiter zu erfüllen.

Ich bin wichtig für dich, ich glaube, ich habe über eine wichtige Sache hier mit dir gesprochen, hast du, also wenn du zum Montag kommen kannst, bring deine alte gute Lampe mit! — und damit schied sie wieder in ihre Kammer hinein.

28.

Notariatsgeschäfte.

Notar Hüter stand im Hofe und sah sich nach rechts und links auf die Straße hinaus; Ray erwiderte an seinem Tische, um ein paar Augenblicke, nicht besonders wichtige Briefe zu beantworten. Der Notar dachte sich endlich gegen ihn an, betrachtete ihn eine Weile schweigend und sagte zuletzt: „Ray!“

„Herr Notar!“

„Sie sprechen wenig über mich, in dem wir aber unterhalten werden.“

„Was war das, Herr Notar?“

„Ganz das: in welchem Verhältnis Du zu der Solberg'schen Familie stehst. Siehst Du, Du wirst schon wieder fragen — da hast du etwas bedauerlich, ich mag keine Geheimnisse in meinem Hause. Mein ganzer Beruf geht aus auf das, was Du sagst, in allen Dingen. Ich bin schon die ganze Zeit bei Dir, Ray. Du sagst mir in der Welt, und so lang ich lebe und Du bei mir bleiben willst, wird es Dir nie an einer Privatstunde, und werde ich einmal — nun, dann hast Du mich auch nicht für dich, denn so allein wie Du bist, ich bin ein wenig anders. Ich spreche mit der Sprache! Ich mag die auch sagen, daß ich über eine Bedacht gesagt habe, denn Deine Mutter hat in den letzten Tagen ihres Lebens einmal ein paar Besuche bei mir, denn ich möchte wissen, ob Gott sie ehrt.“

„Herr Notar,“ sagte Ray leise, „was es mich ist, es

wesen. Eine andere Neugierigkeit mit Krimmischau bieten die Maßnahmen der Behörden, die sich als die Sachwalter der Unternehmungen betrachten.“

Der Große Rat des Kantons Genf hat die Motion des Sozialisten Chatelein auf Abschaffung des Gesetzes betreffend die Kollektivkonflikte (Beratung bei Streiks) mit sehr großer Mehrheit abgelehnt.

Ein neues Gewerkschaftshaus. In Mühlhausen in Thüringen ist es den politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen endlich nach langen Kämpfen gelungen, ein eigenes Heim mit völlig zweckentsprechenden Räumen für Versammlungen, Herberge und dergleichen zu erlangen. Der dortige „Thüringer Hof“ ist von ihnen unter günstigen Bedingungen auf zunächst zehn Jahre mit entsprechendem Gewinnanteil gepachtet worden. Es wurde als Gewerkschaftshaus unter zahlreicher Beteiligung eingeweiht.

Ueber das Befinden unseres Genossen Braun-Königsberg erfährt unser Königsberger Parteiorgan, daß die Behandlung bisher leider noch nicht zu einer Heilung geführt hat. Er hat sich deshalb auf Rat seiner Ärzte zur Operation entschlossen, die Sonnabend vor acht Tagen vorgenommen worden ist. Hoffen wir, daß er jetzt von seinen Schmerzen befreit und bald seine verlorene Gesundheit finden werde. Er hat sich der Operation erst unterzogen, als er sich überzeugen mußte, daß der Tumor im Geheimbundprozess noch in weitem Felde ist. Den Verteidigern der Angeklagten ist jetzt übrigens die Akten Einsicht gestattet.

Unsere Genossen Lüttich (Leipzig. Volkstz.) und Hellmann (Altenb. Volkstz.) haben Montag ihre Strafen in dem bekannten sensationellen Majestätsbeleidigungsprozess angetreten. Genosse Lüttich muß 5 Monate, Genosse Hellmann 2 Monate in Zwickau absitzen. Hoffentlich überleben beide Genossen die Gefangenschaft, ohne Schaden an ihrer Gesundheit zu nehmen.

Ein Freispruch. Genosse Franz Feuerstein, verantwortlicher Redakteur des schwäbischen Teiles der „Schwäb. Tagwacht“ in Stuttgart, sollte dem Schultheißen Guffmann neben anderen Realen, für die der Wahrheitsbeweis nach einem früheren Erkenntnis des Untersuchungsgerichtes der Strafkammer als erbracht angesehen worden ist, auch den Vorwurf der Unterschlagung gemacht haben. Die Strafkammer hatte das Verfahren im Oktober v. J. eingestellt, wogegen Guffmann Revision beim Oberlandesgericht einlegte, das dann die Einleitung des Hauptverfahrens anordnete. Die Beweisaufnahme ergab, wie der Staatsanwalt bemerkte, den Nachweis einer „unverantwortlichen Schlampe“ des Schultheißen, so daß das Gericht zur Freisprechung gelangte, da eine Verleumdung als nicht vorliegend und der Beweis ordnungswidriger Unregelmäßigkeiten als erbracht angesehen wurde.

Die diesjährige Ratifizierung der Gewerkschaften kann, da der 1. Mai ein Sonntag ist, keine Demonstration durch Arbeitslose sein. Aus diesem Grunde herrscht in den Berliner Gewerkschaften Meinungsverschiedenheit darüber, ob man in diesem Jahre überhaupt gewerkschaftliche Ratifizierungen abhalten solle. Ein Versuch, über die einheitliche Stellung zur diesjährigen Ratifizierung eine Verständigung zwischen den Berliner Verbänden der Zentralverbände herbeizuführen, hatte nach dem „Vorwärts“ keinen Erfolg; es bleibt nunmehr jeder einzelnen Gewerkschaft überlassen, ob sie diesmal am 1. Mai eine Versammlung für ihre Mitglieder veranstalten will oder nicht. Eine gemeinsame Veranstaltung aller Gewerkschaften in Berlin findet also am diesjährigen 1. Mai nicht statt.

Aus Nah und Fern.

Ein „Arenberg“ auf dem Dorfe. Daß ein zum Tode verurteilter Mörder nicht Revision einlegt, um wenigstens noch eine Salongrippe zu retten, dürfte wohl einzig in der Kriminalgeschichte dastehen. Der Knecht Pose, der bei einem Mülleimer in Görlitz betrieblert war, ist im Februar v. J. vom Schwurgericht zu Landsberg a. W. wegen Mordes, begangen an seiner Geliebten Scherbach, zum Tode verurteilt worden. P. hatte für ein Kind, das aus einem Verhältnis mit einer anderen Geliebten hervorgegangen, Alimente zu zahlen. Als nun auch die G. ihm eröfferte, daß er sie in andere Umhänge verpackt habe, reiste in ihm der Plan, sie umzubringen. Diese Tat führte er aus, indem er eines Abends seiner Geliebten in der Nähe

eines Bahndammes auflauerte. Gerade fauste der Abendzug vorüber, als er die Geliebte menschlins überfiel, ihr mit einer schweren Pantine mit furchtbarer Kraft auf den Hinterkopf schlug, so daß sie benutzlos niederstürzte. Er warf sich dann auf die Unglückliche, erwürgte sie, band dem zuckenden Körper Hände und Füße zusammen und verscharrte ihn in einer nahen Kiesgrube. P. hatte vorerst geleugnet, gestand aber schließlich die Tat und gab auch den Ort an, wo er den Leichnam begraben hatte. Als die Ausgrabung stattfand, sammelte sich die Bevölkerung des Ortes an und wollte an dem entmenschten Mörder Lynchjustiz üben. Der Verurteilte hat gegen das Schwurgerichtsurteil keine Revision eingelegt, wie er behauptete, weil er das Rechtsmittel nicht gefordert hätte. Er wollte auch mit seinem Verteidiger, Justizrat Vasta, weiter über die Sache nicht sprechen. Nunmehr hat die Mutter des Verurteilten einen Berliner Rechtsanwalt beauftragt, das Wiederaufnahmeverfahren einzuleiten. Dasselbe soll auf Geisteskrankheit des Mörders gestützt werden. Es wird geltend gemacht, daß P. aller Wahrscheinlichkeit erblüht belastet sei. Bereits sein Großvater hat seine eigene Ehefrau auf eine furchtliche Art ermordet. Er hatte ihr einen stumpfen Gegenstand mit einem Plättchen mehrmals in den Kopf gestochen und hat sie dann in einem zum Teil mit Lauge gefüllten Fasse einpökeln wollen. Der Mann ist im Zirkus gestorben. Aber auch der Vater des P. soll gestraft sein. P. selbst hat von Kindesbeinen an an dem Schlachten von Tieren ein wollüstiges Vergnügen gehabt, ist auch als Junge von 13 Jahren mit einer Hade auf seine Mutter losgegangen. In jungen Jahren hat er auch einmal, als sein Vater kein Brot nach Hause brachte, vorgeschlagen, ihn zu schlachten und zu essen. Bereits einmal wegen einer gefährlichen Körperverletzung, die beinahe zu einem Totschlag geworden wäre, vorbestraft, steht der verurteilte Mörder, der in seinen grausamen Instinkten eine gewisse Neugierigkeit mit seinem furchtlichen Mordkollegen Arenberg aufweist, heute in einem Alter von 21 Jahren. Ob er bei Wiederaufnahme des Verfahrens für verurteilt erklärt werden wird, kann jetzt kaum entschieden werden, daß er aber nicht in die Privatanstalt nach Altwater kommt, steht außer allem Zweifel.

Im Zuchthaus ist es besser als in der Kaserne. sagte ein Soldat des 15. bayrischen Infanterieregiments in Neuburg a. D. zu einem Unteroffizier, weshalb er vom Kriegsgericht der 2. Division in Augsburg wegen Mordverletzung zu 28 Tagen strengen Arrest verurteilt wurde. Der Vertreter der Anklage meinte, es gebe keine größere Unverschämtheit, als die Kaserne mit dem Zuchthaus zu vergleichen. Na, na!

Ein halbes Jahr Gefängnis für eine alberne Antwort. Der Infanterieprivat Peter Körner von der 6. Kompanie des 9. Infanterie-Regiment antwortete in der Instruktionsstunde, als er vom Leutnant nach den Belohnungen eines Soldaten gefragt wurde: „Geld, mittel und strenger Arrest!“ Auf die Dummheit seiner Antwort hingewiesen und aufgefordert, die richtige Antwort zu geben, wiederholte er obige „Belohnungen“ nochmals, nur ergänzte er sie um die Bemerkung: „Wenn jemand seine Belohnung nicht erhält.“ Nun sollte er, nachdem ein anderer Soldat als Antwort auf die betreffende Frage geäußert hatte: „Wenn jemand 12 Jahre beim Militär ist, erhält er den Zivilversorgungsgeld“, diese Antwort nachsprechen. Er begann: „Wenn jemand 12 Jahre beim Hausen ist —“. Der Leutnant meldete hierauf den Soldaten wegen Disziplinlosigkeit und das Kriegsgericht in Würzburg verurteilte den Körner zu 6 Monaten Gefängnis.

Parlamentarische Maulkörbe. Einem Berliner Blatt wird folgender Scherz aus Wien gemeldet: Eine komische Szene ereignete sich Freitag vor der Sitzung des Abgeordnetenhauses im Bureau des Präsidenten Grafen Bette. Bei diesem erschien nämlich ein Fabrikant von Aulöben mit einer größeren Anzahl solcher Erzeugnisse. Graf Bette fragte verwundert, was er damit solle. Der Fabrikant erklärte, man habe die Maulkörbe bei ihm für den Herrn Präsidenten bestellt, der dieses Artikels dringend bedürfe; er habe dem Besteller versprochen müssen, sie heute abzuliefern. Natürlich handelte es sich um den Ull eines Spatzvogels. Die Sache erregt in ganz Wien große Heiterkeit.

Dynamitexplosion. Der Ingenieur Missaglia in Mailand hantierte im Kreise seiner Familie unvorsichtig mit für den Festschlag bestimmten Dynamitpatronen. Dieselben explodierten, wobei Missaglia in Stück zerrissen wurde, während zwei Familienmitglieder schwere Verletzungen erlitten.

Sadlich sagte er leise: „Kannst sie Dir Deinen Vater, Ray?“

Ray schwieg, aber ein heftiges Zittern flog über seinen ganzen Körper, und Hüter sah, wie er nur mit schwerem Kampfe ein Schluchzen unterdrückte. Er ließ ihn eine Zeit lang gewähren; endlich, wie er fand, daß er sich ein wenig gesammelt hatte, wiederholte er die Frage:

„Kannst sie Dir Deinen Vater, Ray?“

Der junge Bursche antwortete nicht, aber nur rasch und heftig nickte er mit dem Kopfe, und jetzt konnte er auch die Tränen nicht mehr zurückhalten, worin ihm Hüter nicht sparte. Langsam ging er dabei in seinem Kontor auf und ab, bis Ray sein Taschentuch herausnahm und das Gesicht abtrocknete. Dann trat er wieder zu ihm.

„Sage mir Alles, Ray; betrachte mich in diesem Augenblick nicht als Deinen Brotherrn, sondern als Deinen väterlichen Freund, der allein Dein Bestes im Auge hat. Tut es Dir denn nicht selber wohl, jemanden zu haben, dem Du mit voller Zuversicht vertrauen kannst, so daß Du nicht mehr gezwungen bist, Alles allein in Dich hinein zu schütten?“

„Ja,“ sagte Ray nach einer kleinen Pause, indem er den Blick schon zu dem Notar emporwarf, „Sie sollen Alles wissen — ich glaube, es ist besser so, dann werde ich wenigstens die Last von meinem Herzen los, und daß ich auf Ihre Discretion rechnen darf, Herr Notar, davon bin ich überzeugt.“

„Das kannst Du, Ray — also Dein Vater ist der alte Baron von Solberg?“

„Ja,“ sagte Ray leise — „meine Mutter hatte ihn aber unter einem andern Namen kennen gelernt, und er hat ihre Hand gewonnen.“

„Aber er war damals schon verheiratet.“

(Fortsetzung folgt.)